

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 49.

Montag, den 28. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Volksverräter.

Das an Verräterei überreiche Dreiklassenparlament hat seiner Geschichte ein neues Blatt eingereiht, ein neues, aber kein besseres Blatt. Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage in der Kommission ist beendet, aber statt der Bethmannschen Mißgeburt wenigstens ein einigermaßen menschenähnliches Antlitz zu geben, hat die Mehrheit der Kommission an der einzigen gesunden Stelle des kranken Körpers herumgedoktert und die Mißgeburt vollends verunstaltet. Eine echte Kur à la Doktor Eisenbarth!

Die Regierung hatte das System der indirekten Wahl befestigen wollen, eine an sich zu billige Absicht, die allerdings durch die sonstigen Bestimmungen ihrer Vorlage, vor allem durch die famose Ermittlung des Wahlergebnisses, in ihr Gegenteil verkehrt wurde und im Zusammenhang mit all den anderen schikanösen Vorschlägen so gar eine Verschlechterung des Dreiklassensystems bedeutete. Die konservativ-kerikale Kommissionsmajorität dagegen ist zum überlebenden System der indirekten Wahl zurückgekehrt. Allerdings könnte man einwenden — und das Zentrum wird zweifellos mit diesem Argument hauffieren gehen — daß ja dafür endlich das geheime Wahlrecht errungen ist. Fürwahr, eine nette Errungenschaft, diese Art von geheimer Wahl, die in Wirklichkeit gar keine geheime Wahl, sondern nur der schwache Abglanz einer solchen ist! Die Wahlmännerwahlen sind allerdings geheim, aber die Abgeordneten sollen von den Wahlmännern durch öffentliche Stimmabgabe zu Protokoll gewählt werden. Ein echt jesuitischer Kniff, eine niederträchtige, bewußte Irreführung der Massen!

In den großen Industriezentren hat sich das Proletariat längst an die öffentliche Stimmabgabe gewöhnt, es hat sich daran gewöhnt, daß es für seine Überzeugung Opfer bringen muß, daß es Maßregelungen aller Art ausgeht, aber es scheut sich nicht, die Gefahren auf sich zu nehmen, weil es von der Bedeutung des freien Wahlrechts durchdrungen ist. Anders auf dem Lande und in den kleinen Städten. Hier feiert der Terror der Behörden und der Arbeitgeber die wüsten Orgien, sodas niemand behaupten kann, daß bei einer öffentlichen Wahl die Stimmung des Volkes zum Ausdruck kommt. Daher ja auch der famose Bedlistische Plan, in den Großstädten die geheime Stimmabgabe einzuführen, in den Kleinstädten und auf dem Lande aber die öffentliche Stimmabgabe beizubehalten. Dieser Plan, den kein vernünftiger Mensch ernst nahm, ist zwar nicht verwirklicht worden, aber das Ziel, das der schlaue Ränkeschmied dabei im Auge hatte, soll auf Umwegen durch das Kompromiß erreicht werden. In den zurückgebliebenen Gegenden werden die Wahlmänner bei der öffentlichen Stimmabgabe ihrer Überzeugung nicht zu folgen wagen, aus Furcht vor wirtschaftlichen Schädigungen werden sie gegen den Willen ihrer Mandatgeber wählen, und so wird die Absicht der Wähler oft geradezu in ihr Gegenteil verandelt werden.

Die Schuld an dieser Verhöhnung des Wahlrechts, an dieser schmachvollen Täuschung der Wähler, trifft in erster Linie das Zentrum, das zwar programmatisch die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen fordert, das sich aber, anstatt mit den Anhängern des Reichstagswahlrechts gemeinsame Sache zu machen, mit den Konservativen, den ausgesprochenen Gegnern des Reichstagswahlrechts, verbündet hat. Dreist und gottesfürchtig behaupteten die frommen Streiter für Wahrheit und Recht in der Kommission, sie seien dazu gezwungen worden, da auf anderem Wege die geheime Wahl nicht zu erreichen war. Eine gemeine Lüge! War doch die geheime Wahl bereits in der ersten Kommissionslesung mit 15 gegen 13 Stimmen beschlossen worden. Hätte das Zentrum sich nicht auf die Seite der Konservativen geschlagen, dann war es ein leichtes, auch die direkte Wahl, für die selbst die Nationalliberalen zu haben waren, zu bekommen. Dann hätten wir wenigstens das direkte und geheime Wahlrecht gehabt, gegenüber unserer Forderung kaum eine Abschlagszahlung, aber doch immerhin ein kleiner Fortschritt. Einzige und allein dem Fallschirm der Klertaken ist es zu danken, wenn das preussische Volk nicht einmal ein so winziges Zugeständnis erzielt.

Die Konservativen sind wenigstens ehrlich zu Werke gegangen, sie haben aus ihrer Gegnerschaft gegen jede Änderung des Dreiklassenwahlrechts niemals ein Hehl gemacht, und sie können jetzt sogar mit einem Schein von Recht sagen, daß sie sich zu einem Zugeständnis bereit erklärt haben. Auch die Nationalliberalen sind im Vergleich zum Zentrum, so wenig wir auch mit ihrem Verhalten in der Kommission einverstanden sind, fortschrittliche Leute, sie haben sich offen auf den Boden eines nach Bildung und Besitz abgestuften Wahlrechts gestellt und be-

wußt auf die Erreichung dieses Zieles unter Vermeidung jeder Hintertreppenpolitik hingearbeitet. Weder sie noch die Konservativen haben ein Hehl daraus gemacht, daß sie lediglich die Interessen ihrer Partei verfolgen, das Zentrum dagegen hat unter dem Deckmantel der Erweiterung der Volksrechte die winzigen Rechte des Volkes schmählich verschachert, um die Zahl seiner eigenen Mandate zu vermehren.

So ist denn das Ergebnis der ersten Lesung der Kommission ein überaus trauriges. Man beabsichtigt, dem erbärmlichen Dreiklassenwahlrecht ein Pflasterchen aufzulegen und hofft, daß das Volk sich nun beruhigen wird. Aber die Herren irren. Das Volk läßt sich nicht täuschen, es durchschaut das strecke Spiel, das man mit ihm treibt, und es wird die Verräter zur Rechenschaft ziehen. Wenn irgend etwas, so ist die Kommissionsverhandlung dazu angetan, die Wut der Massen zu steigern und sie zu entfachen, damit sie den Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht mit verdoppelter Energie aufnehmen. Noch wissen wir nicht, was die zweite Lesung, die schon am Donnerstag beginnt, bringen wird, noch wissen wir nicht, wie die Regierung sich zu den Kommissionsbeschlüssen stellt. Wir sind nicht so naiv, zu glauben, sie werde jetzt, wo ihre Vorlage so grundlegende Änderungen erfahren hat, ihr Kind nicht preisgeben. Eine Regierung, die bei der Reichsfinanzreform unter das kaudinische Joch gekrochen ist, das der Schnapsblock ihr errichtet hat, wird auch bei der Wahlreform vor diesem Block zu Kreuze kriechen. Die Regierung wird auch jetzt wieder zeigen, daß sie nichts ist und nichts sein will als das ausführende Organ der Sinker und Pfaffen.

Einzig und allein die Massen des Volkes werden imstande sein, das elende Nachwerk hinwegzufegen. Vor der Majestät des Volkes wird schließlich auch die Regierung Bethmann-Hollweg sich beugen müssen, das Volk wird die Regierung und ihre Helfershelfer zwingen zu kapitulieren, es wird alles aufbieten, die Wahlrechtsflickerei in der Verfenkung verschwinden zu lassen. Ist dies Ziel erreicht, dann heißt es aber nicht, müßig die Hände in den Schoß zu legen, nein, dann beginnt eine neue Phase des Kampfes, eines Wahlrechtskampfes, wie ihn Deutschland noch nicht gesehen hat, eines Kampfes, der nicht eher enden wird, als bis die Volksverräter hinweggeräumt und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Angehörige beider Geschlechts errungen ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Ratikommision des Reichstages

hat über die zu beschaffenden Materialien beraten, ohne in die eigentlichen Verhandlungen einzutreten. Sie hat diese vielmehr ausgefacht, bis die Materialien vorliegen. Es ist beschlossen worden, Materialien zu beschaffen.

Die Sozialdemokraten beantragten hierzu, ein Verzeichnis der Grubenvorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorzulegen, und den absoluten und relativen Anteil der Arbeiterlöhne an den Herstellungskosten der hauptsächlichsten Sorten Salze, die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Dauer und Zahl der regelmäßigen Schichten pro Jahr — nach Arbeitergruppen gesondert — und das in der Rationindustrie angelegte Gesamtkapital den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

Nach Annahme aller dieser Anträge wurde die Sitzung auf Dienstag über acht Tage vertagt.

Aus der Wahlrechtskommission.

In der Kommission wurde von der Seite unserer Genossen folgende Resolution eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle die Regierung ersuchen, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den a) allein in Preußen lebenden Deutschen über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts das gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe unter Zugrundelegung des Proportionalwahlrechts gewährt, b) auf Grund der Ergebnisse der jedesmaligen Volkszählung und entsprechend dem Grundsatz des Gesetzes vom 27. Juni 1860 vor jeder Wahl eine anderweitige Feststellung der Wahlbezirke für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus herbeigeführt und die Gesamtzahl der Abgeordneten neu bestimmt werden.

Ein deutscher Reichsangehöriger geschwidrig verurteilt.

In einer offiziellen Mitteilung der „Köln. Ztg.“ aus Berlin wird folgendes mitgeteilt:

Die Verurteilung des deutschen Reichsangehörigen Kospert zu vierjährigem Gefängnis durch das Gericht in Serres (Mazedonien) ist unter Umständen erfolgt, die von deutscher Seite nicht anerkannt werden können, nämlich ohne Zu-

ziehung der deutschen Konsularbehörden und, wie der Oberstaatsanwalt in Saloniki erklärt, im Widerspruch zu den vom Generalgouverneur gegebenen Anweisungen. Selbst der Oberstaatsanwalt in Saloniki betrachtet das Urteil als ungültig. Beim Wahi von Saloniki ist sofort Einspruch erhoben worden. Der deutsche Vizekonsul in Konstantinopel, Marschall v. Bieberstein, hat dem türkischen Ministerium des Auswärtigen unter dem Ausdruck des Erntannens mitgeteilt, er sehe das Urteil als null und nichtig an und behalte sich vor, welche Genugtuung er angesichts der schweren Gesetzesverletzung zu verlangen haben werde.

Man wird es in Deutschland mit Genugtuung aufnehmen, daß der deutsche Vizekonsul sich des zu Unrecht verurteilten deutschen Reichsangehörigen angenommen und auf das entschiedenste gegen die von den türkischen Gerichtsbehörden begangene Gesetzesverletzung protestiert hat.

Bei der Reichstagswahl

in Müllheim-Wipperfurth siegte, wie nicht anders zu erwarten war, der Zentrumsmann Dr. Marg. Er erhielt 21496 Stimmen, während auf unseren Genossen Dr. Erdmann 13382 Stimmen entfielen. Wir haben seit der Hauptwahl etwa 2500 Stimmen gewonnen. Immerhin ein guter Achtungserfolg!

Ein freisinniger Held.

In der Rixdorfer Stadtverordnetenversammlung wurde die Abwendung einer Wahlrechtspetition an das Abgeordnetenhaus mit Stimmengleichheit, wobei der Vorsitzende den Ausschlag gab, abgelehnt. Der freisinnige Stadtverordnete Sander stimmte gegen den Antrag. Das Bemerkenswerteste an der Sache ist aber die Begründung, mit der Sander seine Haltung zu rechtfertigen suchte. Er sagte:

„In meiner Stellung als Rektor bin ich preussischer Beamter (Große Unruhe; Rufe ertönen: Hört, hört! Sie gehören hier nicht her), als preussischer Beamter bin ich verpflichtet, mich meiner vorgesetzten Behörde unterzuordnen.“

Daß der Mann dies „im Namen seiner Partei“ zu sagen wagte, und daß diese seine Partei ihn deswegen nicht sofort aufs allerentschiedenste desavouierte, das war es wohl, was bei einem Stadtverordneten den Auspruch löste: „Sie haben Rixdorf wieder schön blamiert.“

Vor einem Jahre haben die freisinnigen Stadtverordneten Rixdorf blamiert durch den Wahlrechtsraub, jetzt kommt die Beamtenblamage hinzu. Dieser Sander tut ja gerade, als ob ihn nicht die Wähler, sondern der Staat in die Stadtverordnetenversammlung geschickt habe. Doch für diesen Unterschied hat ja ein freisinniger Rektor offenbar kein Verständnis. Man sieht, welche Verwirrung die Bethmann-Hollwegsche Theorie von der „gottgegebenen Abhängigkeit“ in politisch unreifen Köpfen anrichtet, und bis zu welchen Extremen der Tragikomik sich die „Staatsgesinnung“ eines Musterbeamten auswachsen kann, der für sich selbst den Zustand eines „Regierungsbelotens“ auch da konstruiert, wo er sich kraft seines Stadtverordnetenmandats als freier Staatsbürger zu betätigen hat!

Die Offenbarung der Helotengesinnung des Rixdorfer Rektors hat aber auch ihre gute Seite; sie ist eine ernste und eindringliche Mahnung an die Wähler; wählt keine abhängigen Beamten in öffentliche Körperschaften!

Die Nationalliberalen in der Verdamnis.

Der Beschluß der Nationalliberalen, im Wahlkreise Müllheim-Wipperfurth nicht für den Zentrumskandidaten in der Stichwahl zu stimmen, und gar der Beschluß der Summersbacher Nationalliberalen, die Stimmabgabe für den sozialdemokratischen Kandidaten zu empfehlen, hat die agrarische „Deutsche Tagesztg.“ so fuchstufenwild gemacht, daß sie nichts weniger verlangt, als den Nationalliberalen den „nationalen“ Charakter abzuspochen. Der agrarische Wirtausfall ist köstlich. Er lautet:

„Es ist kein Wort der Kennzeichnung für dieses Vorgehen zu scharf. Wenn Liberale und Nationalliberale es fertig bringen, in einer Zeit, in der die Sozialdemokratie Vorübungen für die gewalttätige Revolution veranstaltet, für die Wahl eines Kandidaten der Sozialdemokratie mittelbar oder unmittelbar zu wirken, so verraten sie damit einen Mangel an politischer Einsicht und an nationaler Gesinnung, die geradezu ungeheuerlich ist. Unseres Erachtens muß die nationalliberale Gesamtpartei bezw. ihr Vorstand zu diesen Beschlüssen entsprechende Stellung nehmen. Geht das nicht, so wird man schließlich denen recht geben müssen, die bereits jetzt der Meinung sind, daß die nationalliberale Partei den Anspruch verliert, in den nationalen Parteien gerechnet zu werden. Nur das eine Gute dürften die Beschlüsse haben, nämlich das, daß sich die nationalliberalen Kreise und Wähler, die sich zu Schleppenträgern der Sozialdemokratie nicht hergeben

und erniedrigen wollen, von der jetzigen Führung der Partei freimachen, — der jetzigen Führung, von der schon Bismarck vorausgesehen und vorausgesagt hat, daß sie die Partei in Grund und Boden ruinieren werde.

Die Agrarier als Schlichter der nationalliberalen Parteinteressen nehmen sich besonders gut aus zu einer Zeit, wo sich Nationalliberale und Bündler täglich in den Haaren liegen und sich, wie am Freitag Wachhorst de Werte und Obedrich Hahn im Reichstage, nach allen Regeln der Kunst zerzausen. Mehr als anderthalb Jahrzehnte haben die Nationalliberalen den Bündlern Helotendienst geleistet. Nun sie anfangen, sich dagegen zu wehren, kennt die Mut der Bündler keine Grenzen. Abgesehen ist es ein Stück Ironie der Weltgeschichte, daß die Nationalliberalen den Namen „national“ verwirkt haben sollen, weil sie dem Zentrum keine Wahlhilfe leisten wollten. Demselben Zentrum, das zur Bismarckzeit unter die Reichsfeinde geworfen wurde und gegen das vor drei Jahren erst Bismarck seinen „nationalen“ Block organisierte. Heute erscheint es den Agrariern schon als politisches Verbrechen, nicht für diese von Bismarck als „antinationale“ stigmatisierte Partei einzutreten!

Aber das Zentrum ist ja ein treuer Helfers-helfer der Agrarier. Alles, was mit den Agrariern geht, ist gut, was gegen sie kämpft, verdient die tiefste Verdamnis. Auch daran zeigt sich die ganze Ausmaßung der Agrariersippchaft.

Die Städte und die preussische Wahlreform.

Im Göttinger Stadtparlament hatten unsere Genossen einen Antrag eingebracht, die Stadtverordnetenversammlung möge bei dem Abgeordnetenhaus um Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts petitionieren. Auch der Magistrat wurde in dem Antrage ersucht, der Petition beizutreten. Sofort nach Verlesung des Antrages erhob sich der Führer der Freisinnigen und verhandelte sich, trotzdem er sich mit dem Grundgedanken des Antrages einverstanden erklärt hatte, hinter die Städteordnung. Er hielt es für bedenklich, daß solche Angelegenheiten in den Stadtverordnetenversammlungen erörtert würden. Vergebens war der Hinweis unserer Genossen, daß doch auch in anderen Städten die Freisinnigen für solche Anträge gestimmt hätten. Als die Unterstützungsfrage gestellt wurde, erhob sich außer den sozialdemokratischen Stadtverordneten nur ein einziger Bürgerlicher. Nach der Geschäftsordnung reichte die Unterstützung nicht aus, und der Antrag konnte nicht zur Verhandlung gebracht werden durch die Schuld der Freisinnigen.

Ähnlich erging es einem gleichen Antrage in Brandenburg a. d. Havel. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten hatten rechtzeitig den Antrag eingebracht, um Ablehnung der preussischen Wahlreform zu petitionieren. Der Stadtverordnetenvorsteher setzte den Antrag nicht auf die Tagesordnung, weil er „politisch“ sei. Unsere Genossen vermaßen nur im Rahmen einer Geschäftsordnungsdebatte den sozialdemokratischen Standpunkt zu wahren. Dieser, übrigens der einzige Zentrumsmann im Kollegium, lehnte es ab, einen Beschluß der Versammlung herbeizuführen, obwohl Justizrat Kirschner, der stellvertretende Vorsitzende, eine Beratung für zulässig hielt.

Von den beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten in Essen wurde am Freitag ein Dringlichkeitsantrag, betreffend eine Wahlrechtspetition im Stadtverordnetenkollegium eingebracht. Der Oberbürgermeister protestierte unter Berufung auf die Städteordnung gegen die Zulässigkeit des Antrages. Bei der Abstimmung erhoben sich für die Dringlichkeit nur unsere beiden Genossen, alle anderen Stadtverordneten, Nationalliberale, wie Zentrumleute blieben sitzen und bekundeten auf diese Weise ihre Wahlrechtsfeindschaft. Besonders bemerkenswert ist, daß im Stadtverordnetenkollegium auch 4 sogenannte Zentrumswahlrechtsgegner sitzen, darunter der 1. Vorsitzende des Gewerksvereins christlicher Bergleute. Auch diese Leute hielten es nicht für notwendig, für den Antrag zu stimmen.

Der Oberbürgermeister in Kiel hat in einem Schreiben an den Stadtverordneten Adier diesem mitgeteilt, daß er im Einverständnis mit dem Magistrat es ablehnen müsse, den sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen der städtischen Kollegien zu setzen. Die Ablehnung wird damit begründet, daß die Zuständigkeit der Kollegien nach der Städteordnung auf Gemeindeangelegenheiten beschränkt sei. Der Antrag habe zwar eine Form, durch die die darin bezweckte Petition auf Ablehnung der Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung und auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen als eine Wahrnehmung städtischer Interessen ercheinen soll, doch durch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes vom 10. März 1886, Band 13, Seite 89, sei städtischen Organen zum Petitionieren der weite Kreis der Gegenstände entzogen, die, wie namentlich auf dem Gebiete der Staatsverwaltung ihrer tatsächlichen und rechtlichen Natur nach die Beziehung auf eine einzelne Gemeinde ausschließen. Als ein Beispiel dieser Art bezeichnet das Oberverwaltungsgericht den Versuch, eine Petition um Vermehrung der Zahl der für den Umkreis einer Stadt bestimmten Reichstags- und Landtagsabgeordneten in das Leben zu rufen.

Wer ist „Germanicus“?

Im Preussischen Abgeordnetenhaus hatte Minister v. Mohke scharfe Angriffe des Zentrumswahlrechtsgegners v. Pappenheim zu erdulden, weil er die Broschüre „Fürst Bismarck und seine Zeit“ empfohlen hat, deren Verfasser sich selbstbewußt „Germanicus“ nennt. Wer ist dieser raffenerne Urgermane? Die „Germania“ glaubt diese Frage beantworten zu können. Der edle Patriot heißt nach ihrer Aussage Dr. Stephan Neumann und ist stellvertretender Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“.

Das erklärt alles. Herr Neumann ist bekannt als Fabrikant von solchen Broschüren im Reichsverbandstil, in denen er allerlei gegen die Sozialdemokratie gerichtete, aus reaktionären Blättern herausgeschäufelte Verleumdungssätze zusammenhäufelt. Damit hat er bei den Reaktionsären viel Anklang gefunden; nun er diese Ar-

beitsmethode aber, wenn auch nur in sehr verdünntem Maße, auf die Politik des Zentrums und der Pappenheimer anwendet, schreien diese über die Verdrängungen des sonst von ihnen so sehr gelobten Kleisterjournalisten.

Landrat und Polizei auf der Anklagebank.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet Sonnabend die beiden Kapitel „Landrätl. Verwaltung“ und „Berliner Polizeipräsidium“. Bei dem ersteren Kapitel wurde von den Rednern der Freisinnigen eine Reihe von Beschwerden über landrätl. Übergriffe vorgebracht. Die Konservativen wiesen wie gewöhnlich alle Beschwerden als unbegründet zurück und konstatierten mit Genehmigung, daß die Angriffe auf die Landräte von Jahr zu Jahr geringer werden. Diese Behauptung konnten sie sich nur deswegen erlauben, weil sie unserem Genossen Borgmann das Wort abschneiden und uns so die Gelegenheit nahmen, die zahllosen Beschwerden, die wir gegen die Landräte vorzubringen haben, öffentlich darzulegen. — Das Präsidium wird in der dritten Lesung nachgeholt werden.

Das Kapitel Polizeipräsidium gab unserm Genossen Liebknecht Gelegenheit, die Unterfütterung russischer Spitzel durch die Berliner Polizei, die Drangsalierung Jugendlicher, das Vorgehen gegen Anarchisten und eine Reihe anderer Dinge zur Sprache zu bringen. Die Liebknechtsche Rede bildete in ihrer Gesamtheit eine wichtige Anklage gegen die Polizei.

Trotzdem schweig sich der Minister aus, er konnte eben die Liebknechtschen Behauptungen nicht widerlegen. Der einzige, der als Redner der Berliner Polizei in die Bresche sprang, war der sattem bekannte Konservative Stroffer. Er operierte aber so unglücklich, daß er unserm Genossen Hirsch Gelegenheit gab, den unantastbaren Beweis zu erbringen, daß Stroffer wieder einmal Bilale gefälscht hatte.

Am Montag soll der Etat des Ministerium des Innern zu Ende beraten werden.

Eine freisinnige Protestversammlung.

Gegen die preussische Wahlrechtsvorlage fand gestern in Berlin statt. Dieselbe war stark besucht. In einer Resolution wird die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts gefordert. Nach Schluß der Versammlung fanden vor dem Schloß, dem Reichskanzlerpalais zc. Kundgebungen gegen das Wahlrecht statt. Die Polizei verhielt sich reserviert, sodaß die Ruhe und Ordnung nicht gestört wurde.

Mugdan und der Reichsverband.

Während der Reichstagswahlbewegung im Kreise Singen-Alzey hatte der nationalliberale Kandidat, der bekannte Dr. Becker-Spremlingen in einer Versammlung gesagt, auch der freisinnige Abgeordnete Dr. Mugdan sei Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gewesen. Die „Heilsche liberale Wochenchrift“ warf insolge dessen dem Dr. Becker vor, er habe seine Behauptung wider besseres Wissen gemacht. Becker klagte. Am Freitag kam die Sache vor dem Schöffengericht in Darmstadt zur Verhandlung. Dort stellte Dr. Becker fest, daß Dr. Mugdan zwar kein zahlendes Mitglied des Reichsverbandes gewesen, wohl aber für den Reichsverband tätig gewesen sei. Der beklagte Redakteur nimmt insolge dessen seine Behauptung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und trägt sämtliche Kosten, auch die Anwaltskosten des Klägers.

Für den freisinnigen Herrn Dr. Mugdan, der seinerzeit feierlich erklärte, daß er mit dem Reichsverband nichts zu tun habe, ist der Darmstädter Prozeß mehr wie unangenehm.

Neuregelung der Sonntagsruhe.

Im Reichsamt des Innern ist ein Gesetzentwurf über die Neuregelung der Sonntagsruhe in Vorbereitung. Er soll im Herbst dem Reichstage zugehen. Der Entwurf sieht eine völlige Sonntagsruhe in Kontoren und Betrieben vor, die mit keiner offenen Verkaufsstelle verbunden sind; für gewisse Fälle und einzelne namhaft gemachte Betriebe kann ausnahmsweise eine Beschäftigung des Personals bis zu 2 Stunden Platz greifen. Wenn durch Ortskennt für Kontore usw. bereits jetzt völlige Sonntagsruhe ohne Zulassung von Ausnahmen eingeführt ist, so soll an diesem Zustand auch nichts geändert werden.

Für offene Verkaufsstellen soll die Beschäftigungszeit an Sonntagen auf drei Stunden herabgesetzt werden, und zwar soll die zuzulassende Verkaufszeit an Sonntagen vor die Kirchzeit fallen, wenn dies möglich scheint. Für bestimmte Gewerbe, die dem täglichen Bedarf des Publikums dienen (Bäckereien, Fleischerien, Butterhandlungen, Kolonialwarengeschäfte usw.) kann, wenn die Notwendigkeit vorliegt, eine Ausnahme von der dreistündigen Maximalbeschäftigungszeit gemacht werden; doch soll die Beschäftigungszeit auch in solchen Fällen nicht über fünf Stunden ausgedehnt werden dürfen. Eine Verteilung der Geschäftszeit vor und nach den Kirchstunden ist zulässig, doch soll die Beschäftigungszeit auch in solchen Fällen nicht über fünf Stunden ausgedehnt werden dürfen und die zweite Hälfte der Geschäftszeit nicht früher als eine halbe Stunde nach Beendigung des Gottesdienstes beginnen.

Sonderbestimmungen für große, mittlere und kleine Gemeinden wird der Entwurf nicht enthalten, weil die Verhältnisse im Norden und Süden, im Osten und Westen zu verschieden sind, um sich im Rahmen eines Gesetzes lassen zu lassen. Aus diesen Gründen wird auch eine einheitliche Ladenschlußzeit nicht gesetzlich festgelegt werden. Die Zahl der Sonntage, die für einen erweiterten Geschäftsverkehr freigegeben werden, soll sechs betragen und sich beschränken auf die beiden den drei Festen vorangehenden Sonntage. Spezialbestimmungen für bestimmte Fälle sollen der Neuregelung durch das Ortsstatut überlassen bleiben. Der Bundesrat soll ermächtigt werden, bei der Verschiedenheit der Verhältnisse die Anordnungen für die Durchführung der Sonntagsruhe den Verwaltungsbehörden nach seiner Anweisung zu überlassen. Auch kann der Bundesrat nähere Anordnungen für bestimmte Teile des Reiches erlassen betreffs Zulassung und Umfang von Ausnahmen.

Die Einnahmen des Reiches

an Zöllen, Steuern und Gebühren in der Zeit vom 1. April 1909 bis Ende Januar 1910 sind fast durchweg gestiegen. Es wurden vereinbart:

Bölle 610 968 651 Mk. (gegen das Vorjahr + 113 928 314 Mk.), Tabaksteuer 9 837 318 Mk. (+ 829 465 Mk.), Zigarettensteuer 18 136 746 Mk. (+ 4 013 690 Mk.), Zuckersteuer 134 134 616 Mk. (+ 1 549 451 Mk.), Salzsteuer 49 698 494 Mk. (+ 871 010 Mk.), Branntweinsteuer: a. Verbrauchsabgabe 40 575 285 Mk., b. Betriebsabgabe 9 096 429 Mk., c. Maßbottichsteuer — 10 705 906 Mk. (— 17 967 424 Mk.), d. Verbrauchsabgabe und Zuschlag aus der Zeit vor dem 1. Oktober 1909: 112 288 482 Mk. (+ 961 388 Mk.), e. Brennsteuer — 1 719 364 Mk. (— 1 420 127 Mk.), Essigsäureverbrauchsabgabe 287 513 Mk. (+ 287 513 Mk.), Schanweinsteuer 10 845 992 Mk. (+ 5 930 963 Mk.), Leuchtstoffsteuer 830 401 Mk., Zündwarensteuer 6 391 007 Mk., Brausteuern und Übergangsabgabe von Bier 61 483 879 Mk. (+ 19 715 832 Mk.), Spielkartenstempel 1 586 525 Mk. (+ 49 653 Mk.), Wechselstempelsteuer 15 675 588 Mk. (+ 1 881 455 Mk.), Reichsstempelabgaben A, von Wertpapieren 31 208 738 Mk. (+ 9 330 426 Mk.), B, von Gewinnanteilschein- und Zinsbogen 2 417 587 Mk., C, von Kauf- und sonstigen Anschaffungsgeheimnissen 18 300 870 Mk. (+ 8 736 403 Mk.), D, von Lotterien a. für Staatslotterien 23 039 168 Mk. (+ 1 439 522 Mk.), b. für Privatlotterien 11 393 882 Mk. (+ 1 516 858 Mk.), E, von Frachtkunden 12 826 698 Mk. (+ 795 160 Mk.), F, von Personalfahrkarten 16 369 032 Mk. (+ 1 069 120 Mk.), G, von Erlaubnis-karten für Kraftfahrzeuge 2 094 494 Mk. (+ 357 145 Mk.), H, von Vergütungen an Mitglieder von Ausschläs-räten 3 541 967 Mk. (+ 1 352 310 Mk.), I, von Schecks 2 418 077 Mark, K, von Grundstücksübertragungen 17 475 928 Mark, Erbschaftsteuer 30 730 206 Mark (+ 7 625 542 Mk.), Staatliche Gebühr 1 349 262 Mk. (+ 111 811 Mk.).

Die wahlverwandte Seele.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift eines Fabrikdirektors Eugen Ernst aus Brandenburg, der schon früher einmal durch unfreiwillig-komische Briefe an Zeitungsredaktionen allgemeine Heterkeit erweckte und der auch jetzt wieder den Beruf füllt, den Ernst des Tages durch komische Solovorträge angenehm zu unterbrechen. Die bekümmerte Seele läßt sich also vernehmen:

Unter dem Schutze der Redefreiheit sind besonders im Reichstage, neuerdings auch im Abgeordnetenhaus, von jeher unerhörte Beleidigungen gegen die besten Minister geübt worden (selbst der größte von ihnen, unser einziger Bismarck, blieb nicht verschont, aber er blieb wenigstens die Antwort nicht schuldig, schlug vielmehr mit einem Donnerwetter drein). Aber so wie am Sonnabend und vorher im Abgeordnetenhaus, ist doch noch kein Reichstagsredakteur beschimpft worden. Die Sozialdemokraten wissen nur zu gut, daß sie heute an den Liberalen starke Bundesgenossen haben, und um so frecher treten sie auf. Wer von den Reichskanzlern hätte das undankbarste aller Amtswörter aus Schreize übernommen! Alle, ohne Ausnahme, doch nur aus reiner Liebe und Treue zum Herrscherhause, aus Vaterlandsliebe, und da ist es um so empörender, wenn Abgeordnete, die als Vertrauensmänner des ganzen Volkes in den Reichstag, in das Abgeordnetenhaus geschickt sind, den Reichstagsredakteur unangesehen in der beleidigendsten Weise angreifen, ihm unangelegentlich Hindernisse bereiten — das ist ernster Männer nicht würdig, das sind Kinder. — Kritizieren ist kein Kunststück, besonders, wenn selbst die freieste Kritik ungehindert bleiben darf. Herr v. Oldenburg hat seine (von den Sozialdemokraten und den liberalen Parteien so gierig aufgegriffene) bekannte Äußerung hinreichend erklärt und niemand hat das Recht, diese Erklärung anzuzweifeln; aber wolle Herr v. Oldenburg die Äußerung wirklich so verstanden haben, wie sie seine Gegner auslegen, so wäre das begreiflich angesichts eines solchen Reichstags wie des gegenwärtigen.

Diesen Brief könnte man ebenfalls, wie die früheren des braven Ernst, rein von der komischen Seite nehmen. Herr Eugen Ernst aus Brandenburg ist sicherlich ein guter Fabrikdirektor, in der Politik jedoch ist er ein Kind, und man könnte ihm zuzurufen: Schuster, bleib bei deinem Leisten! Aber der Schlußsatz zeigt doch die politische Bösartigkeit der Gesinnung, und um feinetwillen nehmen wir überhaupt nur Notiz von seinem Schreiben. Die „Kreuzzeitung“ hebt diese Schlussbemerkung durch den Druck hervor. Weshalb hat man sich denn da erst die Mühe gemacht, die Hochverratsdrohungen des Saunischauers zu demontieren, wenn man sie nachträglich wieder rechtfertigt?

England.

Der Kampf gegen die Lords. Die Thronrede und die Rede des Premierministers haben die politische Situation in England gänzlich verändert. Der Entscheidungskampf gegen die Lords rückt in die Ferne und das liberale Ministerium ist gründlich diskreditiert. Mit jedem Tage wird dies deutlicher. Was der Popularität des Ministeriums den Hals gebrochen hat, ist der schmähliche Vertrauensbruch, den der Premierminister an der demokratisch geminteten Wählermasse begangen hat. Die Worte Asquiths, die er vor dem Wahlkampf in einer von 20 000 Menschen besuchten Wählerversammlung aussprach, mit denen er den Lords den Krieg erklärte und sich und seine Kollegen verpflichtete, nicht im Amt zu bleiben, wenn er nicht die Bürgschaft bekäme, daß die gesetzgebende Tätigkeit der fortschrittlichen Parteien nicht weiterhin vom Oberhaus zerstört werden würde, sind durch einige nichts-jagende Floskeln aus der Welt eplogisiert worden. Der Premierminister hat die Garantien, von denen er sprach und die nichts anderes waren, als das Versprechen des Königs, die Macht der Peers durch die Ernennung neuer Peers zu brechen, nicht erhalten und bleibt doch am Ruder. Was Wunder, wenn jetzt die radikalen Liberalen müde sind, wenn sich nun die Iren und die Arbeiterpartei weigern, in einen Kampf zu ziehen, der keine Entscheidung bringen kann. Die eigenen Parteigenossen sprechen sich am schärfsten gegen die Minister aus, kündigen ihnen die Freundschaft und raten ihnen, abzutreten. Das ist leicht zu verstehen. Diese liberalen Parlamentsmitglieder sind eben aus ihren

Wahlkreise gekommen, die sie durch das liberale Aktionsprogramm gegen die Lords gewonnen haben, und haben nun gleich am ersten Tage, daß die liberalen Parteiführer ihr Wort gebrochen haben. „Ich schäme mich“, sagte ein bekannter Linksliberaler im Parlament, „unter diesen Umständen vor meine Wähler zu treten“. Die irischen Nationalisten sind natürlich auch mit dem Vorgehen der Regierung nicht einverstanden. Sie hatten gehofft, daß der Premierminister vor das Parlament treten würde, ausgerüstet mit der Macht, durch dieses Parlament die Macht der Lords, die die Selbstverwaltung Irlands verhindert, zu brechen, und sehen jetzt, daß sie betrogen worden sind, daß der Kampf gegen die Lords nur ein Scheinkampf sein soll, durch den das liberale Ministerium am Ruder gehalten wird. Die Arbeiterpartei wiederum, die einzige Partei, die die Abschaffung des Oberhauses fordert, kann sich selbstverständlich mit den liberalen Halbsheiten nicht zufrieden geben. So hat denn die Regierung weder bei den Liberalen noch bei den Parteien, die sie in der Frage der Einschränkung des Vetos der Lords unterstützen könnten, einen festen Halt und schwebt zwischen Tod und Leben. Was wird aus diesem Kampfe, den der Premierminister plant, werden? Man wird in einigen Wochen eine Resolution annehmen, die sich scharf gegen die Lords ausspricht, und die Lords werden die Regierung auslachen. Man kennt den Wert der liberalen Resolutionen: Bühnendonner. Alsdann wird man zur Vetobill schreiten, vorausgesetzt, daß sich die Minister bis dahin über den Inhalt der Vorlage einig werden. Unter den jetzigen Verhältnissen, d. h., ohne daß die Regierung Garantien hat, hat die Vetobill nicht die geringste Aussicht, angenommen zu werden. Die Lords werden sie in derselben kavaliermäßigen Weise verwerfen, wie sie das Budget verworfen haben. Schon plant das Oberhaus einen Gegenschlag für den Fall, daß die Liberalen nach der Verwerfung der Vetobill an das Land appellieren sollten. Sie wollen sich selbst reformieren, um den Wählern ihren guten reformatorischen Willen zu beweisen. Die ganze leichte liberale Politik führt für jeden vernünftig denkenden Menschen zur Niederlage und Zerstörung der Bewegung gegen das Oberhaus. Das Schlimmste an der Sache ist, daß diese Regierung schwer zu Fall gebracht werden kann. Keine Partei wünscht eine sofortige Neuwahl. Die kolossalen Anstrengungen der letzten Wahl haben alle Parteien bis auf äußerste erschöpft; sogar die Konservativen sollen in finanzieller Verlegenheit sein. Das wird dieser Regierung noch eine Gnadenfrist geben. Dieser Verrat wird den Liberalen teuer zu stehen kommen. „Also dafür haben wir uns maßregeln und boykottieren lassen“, hört man von allen Seiten; „nun gibt es außer den Sozialisten und den paar radikalen Linksliberalen überhaupt keine Partei mehr, für die wir stimmen können!“ Der großen Hoffnung auf eine baldige Befreiung von dem Alpdruck des feudalen Oberhauses ist eine fürchterliche Erbitterung gegen die für den Verrat verantwortlichen Minister gefolgt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 25. Februar.

Achtung, Arbeitslose! Morgen, Dienstag vormittags 10 Uhr, findet eine Arbeitslosenversammlung im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 59-62, statt, welche sich mit der Antwort des Senats zu befassen hat. Es ist Pflicht eines jeden Arbeitslosen, diese Versammlung zu besuchen.

Achtung Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftsrateils und des Arbeitervereins wird am Dienstag, dem 1. Mittwoch, dem 2., und Donnerstag, dem 3. März, abends von 8 Uhr an zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshaus anwesend sein.

Die Gültigkeitserklärung der Wahl des Genossen Schwark wird von der hiesigen bürgerlichen Presse nur kurz registriert, ohne daß weitere Bemerkungen daran geknüpft werden. Nur die „Lübeckischen Anzeigen“, die sich seinerzeit edelstetig, unseren Reichstagsabgeordneten zur Niederlegung seines Mandates aufzufordern, weil der Reichstag die unwahren Beschuldigungen gegen unsere Partei prüfen lassen wollte, kann sich folgende Auslassungen nicht verkneifen:

In der sozialdemokratischen Partei Lübecks scheint eitel Freude zu herrschen, denn der „Volksbote“ ist außer sich vor Freude, daß die Wahl des Herrn Carl Theodor Schwarz zum Reichstagsabgeordneten die Bestätigung gefunden hat. Demnach scheint man doch erhebliche Furcht gehabt zu haben, daß bei der knappen Mehrheit eine Ungültigkeitserklärung der Wahl eintreten könnte. — Bemerkenswert ist wieder, daß die Auslassungen des „Volksboten“ von persönlichen Gehässigkeiten gegen die Gegner erfüllt sind.

Es ist einfach lächerlich, wenn das Amtsblatt meint, der Volksbote sei außer sich vor Freude, weil der Reichstag die Wahl des Genossen Schwarz für gültig erklärt hätte, die von den Gegnern einzig mit einem dicken Bündel von Verleumdungen angefochten wurde. Wenn wir auch nicht gerade viel von dem Gerechtigkeitsgefühl der Reichstagsmehrheit halten, so war doch nicht anzunehmen, daß nach der Vereisnahme, die den Schwindel der bürgerlichen Parteien klar zutage förderte, irgendwie eine Beurlaubung der Wahl noch in Betracht kam. Natürlich gibt uns der Beschluß der Wahlsprüfungskommission willkommene Veranlassung, die schmutzige Handlungsweise der vereinigten Gegner noch einmal an den Pranger zu stellen und dabei auch die Namen der Hauptakteure zu nennen, die es nicht verschmähen, die Sozialdemokratie ohne eine Spur von Berechtigung der systematischen Wahlfälschung zu verächtlichen. Das nennt unser famojes Amtsblatt „persönliche Gehässigkeiten!“ Wir wollen uns mit diesem edlen Organ des Reichsverbandes, das jede Verleumdung der Sozialdemokratie, und sei es die kleinste, mit schmutzigen Behagen weiterverbreitet, natürlich nicht auf eine Diskussion über den politischen Zustand einlassen. Jedenfalls waren die Bemerkungen des „Volksboten“ zu dem „Wahlprotokoll“ noch sehr zurückhaltend. So ist beispielsweise von uns noch garnicht auf die eigenartige Verbindung der bürgerlichen Parteien mit der Polizei hingewiesen worden; letztere wird nämlich als Zeugin dafür angegeben, daß die behaupteten Wahlfälschungen vorgekommen seien. Über dieses Kapitel ließen sich noch mancherlei Betrachtungen anstellen. Vielleicht geschieht das bei passender Gelegenheit noch einmal.

Die gelben Trabanten des Hamburger Reedereiverbands sind nunmehr auch in Lübeck an der Arbeit, um unjauhere Elemente, die hier glücklicherweise unter der feindlichen Arbeiterflagge verbergen sind, für sich einzufangen. So wurde dieser Tage verschiedenen während des Winters am hiesigen Hafen beschäftigten Seeleuten das Schmutzblatt der

Hamburger Gelben, betitelt „Der Seefahrer“ zugeandt, in dem über den Seemannsverband und dessen Leistung wahre Klübel von Urat ausgegossen werden. Wie überall trifft auch hier wieder die Erfahrung zu, daß es eine gute Sache ist und sein muß, welche von den schloßelsten Arbeiterelenden, den Gelben, begeistert wird. Um die Leser zu verblöden gebraucht der „Seefahrer“ den nicht mehr ganz neuen Trick des Reichsverbandes, durch eine sinnfällige willkürliche Zusammenstellung und Kombination der Ausgaben des Seemannsverbandes den Anschein zu erwecken, als leiste dieser wenig oder nichts für seine Mitglieder. Selbstverständlich kommen die Leistungen einer Organisation für ihre Mitglieder bei weitem nicht allein in den gezahlten Unterstufungen zum Ausdruck, sondern vor allem in den auf dem Gebiete der Lohng- und Arbeitsbedingungen erzielten Fortschritten. Und auf diesem Gebiete hat die gelbe Vereinigung, die von der Gnade oder Ungnade der Unternehmer abhängig ist, noch nie etwas geleistet und wird auch niemals etwas leisten. Doch sehen wir uns auch einmal die vom Seemannsverband gezahlten Unterstufungen an. Vor uns liegt die Abrechnung für das 4. Quartal 1909. Danach wurden allein in diesem Quartale 4.000 Krankunterstützungen zu 175,50 Mk., an Entschädigung für Einkommensverluste 150 Mk., an Unterstützung in Notfällen 55.440 Mk., für Rechtschutz 233.50 Mk., an Unterstützung in Sterbefällen 95 Mk., gezahlt. Die Abrechnung für das dritte Quartal liegt uns augenblicklich nicht vor. Im zweiten Quartal wurden 3155,51 Mk. und im ersten Quartal 3355,84 Mk. für Unterstützungszwecke gezahlt. Gegenüber diesen Summen nehmen sich die im verflochtenen ganzen Jahr angeblühenden 2485 Mk. Unterstützungszwecke der Gelben doch recht kläglich aus. Bei diesen Zahlen mag es für heute sein Bewenden haben, sie genügen schon um jeden Einsichtigen davon zu überzeugen, daß auch bezüglich der Unterstufungen der Seemannsverband für seine Mitglieder Bedeutendes leistet. Es braucht wohl nicht noch besonders betont zu werden, daß ein ausländischer Arbeiter es niemals mit seiner Ehre vereinbaren kann, den Handlangern der Reedereikapitalisten Gefolgschaft zu leisten. Schon das elementarste Keintlichkeitsgefühl wird die Seeleute Lübecks von den Gelben fernhalten.

Wer ist Sozialdemokrat? Viele legen sich den Namen Sozialdemokrat bei, aber nur wenige haben ein Recht, ihn zu führen; viele sind ehrlich davon überzeugt, daß sie Sozialdemokraten sind, trotzdem können sie als solche nicht anerkannt werden. Wer nur alle 5 Jahre einmal den sozialdemokratischen Stimmzettel in die Urne legt und sich sonst um die sozialdemokratische Partei nicht kümmert, der ist kein Sozialdemokrat. Auch derjenige ist es nicht, dessen ganze Tätigkeit darin besteht, am Westlich den Mund aufzureißen und möglichst viel sinnloses Zeug zu schwagen, auch dann nicht, wenn er einen roten Schlipf oder eine Lauffahle trägt. Sozialdemokrat ist nur derjenige, der es tagtäglich durch die Tat beweist, daß er die Idee des Sozialismus in ihrem ganzen Umfange begriffen hat und die Mächten, die ihm aus seiner Bruchbrüderlei zur Sozialdemokratie erwachsen, vollständig kennt. Welches sind diese Mächten? Die erste und vornehmste ist, zu wissen, was die Sozialdemokratie ist und was sie will. Diese Kenntnis kann der Arbeiter sich nur durch den Besuch von Versammlungen und durch das Lesen von Zeitungen und Broschüren erwerben. Leider ist die Zahl derjenigen, die den Drang empfinden, durch den Besuch von Versammlungen ihr Wissen zu bereichern, verhältnismäßig sehr klein. Manche sind zu gleichgültig und zu träg. Sie sagen, was brauche ich nach den Versammlungen zu gehen, ich wähle ja doch sozialdemokratisch und das genügt. Das genügt aber nicht! Denn der Sozialdemokrat hat die heilige Pflicht, auch stets und ständig für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen tätig zu sein, neue Mitstreiter und Genossen zu werden. Manchen wieder geht das Vergnügen über alles. Sie glauben nicht leben zu können, wenn sie nicht Sonntag bis in die späte Nacht hinein in der taubgeschwängerten, ungesunden Atmosphäre eines Tanzsaales im Kreise herumzirkeln könnten. Das sind besonders die jüngeren Arbeiter. Sie vergeuden so ihr Geld, ermatten und ruinieren ihren Körper, ohne doch auch nur das geringste für die Förderung der Interessen der Arbeiter getan zu haben. Manch einer von ihnen wird den Vorwurf, er sei kein Sozialdemokrat, mit großer Entrüstung von sich weisen und laut behaupten, er sei es doch. Und trotzdem ist er es nicht. Nur derjenige kann auf diesen Ehrennamen Anspruch machen, der, so weit seine Kräfte es gestatten, die sozialistischen Ideen zu begreifen sucht und auch unter Verzicht auf blöde, geist- und körperzerrüttende Vergnügen ihre Ausbreitung fördert.

Neben dem Besuche von Versammlungen ist, um in die Lehre des Sozialismus einzubringen, das Lesen von Zeitungen und Broschüren notwendig. Wer das glaubt, ein Sozialdemokrat sein zu können, wenn er sein Lesebedürfnis nur durch ein sogen. unparteiisches Klatschblatt oder ein anderes bürgerliches Blatt befriedigt, der gibt sich einer großen Täuschung hin. Ob er will oder nicht, die Lektüre eines Blattes, dessen Inhalt stets auf die Förderung der kapitalistischen Interessen zugeschnitten ist, wird seinen Gedankengang verwirren, ihn nach und nach so einschläfern, daß er schließlich fünf gerade sein läßt und sich in stumpfer Apathie um uns nicht mehr kümmert. Die Parteilosigkeit oder Arbeiterfreundlichkeit dieser Blätter ist eine heuchlerische Maske. Wie ein Wolf im Schafspelz nähert sie sich dem Arbeiter, reicheln und hänseln ihn zuerst, um ihn dann in verräterischer Weise in den Rücken zu fallen. Wer kann in der heutigen so wild bewegten Zeit noch parteilos sein, wer kann abseits stehen, wo die Interessen und die guten und bösen Leidenschaften miteinander ringen auf Leben und Tod, wer kann tatenlos zusehen, wo zwei Welten tagtäglich aufeinanderprallen, jede von der Absicht geleitet, die andere zu zerstören? **Kein ehrlicher Mensch!** Nur Kinder, Toren und gewissenlose Elemente, die in der Jagd nach dem Golde sich über alle moralischen Grundzüge hinwegsetzen. Parteilos heißt gewissenlos! Niemand kann zwei Herren dienen, heißt es schon in der Bibel, noch viel weniger kann aber jemand allen Herren dienen! Heute, wo die Klassen-gegenstände unüberbrückbar klaffen, gibt es nur ein Hüben oder Dräben, entweder für die Arbeiter oder für die Kapitalisten, ein drittes gibt es nicht.

Und dem ist auch in der Tat so. Wer nicht für die Arbeiter ist, ist für die Kapitalisten. Derjenige, der das nicht begriffen hat, eine nichtsozialdemokratische Zeitung als seine anschließliche Lektüre hält, ist kein Sozialdemokrat, und wenn er auch noch so häufig bereits sozialdemokratisch gewöhnt hat. Aber nicht nur, daß er kein Sozialdemokrat ist, er schädigt sich selbst tagtäglich auf das empfindlichste: jeden Tag öffnet er dem Werkzeug seines Feindes, des Kapitalisten die Tür seiner Wohnung, nimmt es freundlich auf und am Schluß des Monats leitet er noch einen Beitrag, um zu ermöglichen, daß dieses kapitalistische Werkzeug weiter seine verheerende Tätigkeit ausüben kann. Kann es etwas Böhrenderes geben? Jeder Mensch mit gesundem Sinnen wird diese Frage verneinen müssen. Verlobigungen der Unternehmer und eckelhafte Lobbydeleuten hochgestellter Personen — das ist es, was die Arbeiter neben einem guten Wort unter tausend Verdächtigungen gegenüber der Sozialdemokratie in allen diesen Blättern finden.

Der Sozialdemokrat sein will, hat in erster Linie die Pflicht, mit allen Mitteln auf die Befreiung der gegnerischen Presse aus den Arbeiterwohnungen zu wirken und dafür zu sorgen, daß überall die sozialdemokratische Zeitung Eingang findet, damit Aufklärung verbreitet werde. Viele lesen die gegnerischen und „unparteiischen“ Zeitungen nur aus Gleichgültigkeit. Wenn ihnen die Unsinnsigkeit und Schablichkeit dieses Lesens eindringlich beigelegt wird, werden sich so manche eines Besseren belehren lassen und mit dem Abonnement des sozialdemokratischen Blattes den ersten Schritt machen, um Sozialdemokrat zu werden.

Denn auch dann ist man ein Sozialdemokrat noch nicht, wenn man eine sozialdemokratische Zeitung liest. Um das zu sein, muß man auch begriffen haben, daß der Parteigenosse die Verpflichtung hat, sich der Organisation anzuschließen, der man vor allen Dingen den Krieger-, Kampf-, Satz- und ähnlichen Klubvereinen ein für allemal den Rücken kehren.

Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Der Senat hat an Stelle des aus dem kaiserlichen Staatsdienst ausgeschiedenen Senatspräsidenten Regierungsrats Dr. Brückner den Amtsrichter Dr. K. Fr. H. Ullmer auf dem 1. April 1910 ab zum stellvertretenden Vorsitzenden des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung bestellt.

Als dem Gerichtssaal. Als Lohndrücker zugunsten seiner Meederei glaubte sich ein Kapitän eines Bremer Dampfers hergeben zu müssen. In Bremen nahm der Kapitän zwei bereits angeheuerte Trimmer an Bord, denen er entgegen ihrer schriftlichen Abmachung 15 Mk. weniger Steuer bezahlen wollte. Die Drohung, die Leute jenseits des großen Kanals an Land zu setzen, wenn sie auf ihrem Rechte bestehen bleiben würden, trug ihm eine Mitternacht wegen Verletzung ein, von der der Kapitän von der 3. Strafkammer am Sonnabend jedoch freigesprochen wurde, weil er die Erlangung eines Vermögensvorschießes nicht für seine Person bezweckt habe. — Ein Jahr drei Monate 30 Tage erhält ein Gärtner aus Röstlingshof, der wegen Unterschlagung, die Folgen nach sich zog, angeklagt war. — In der Mülhensstadt Bayreuth sitzt hinter schwebischen Gardinen ein Handlungsgehilfe wegen allerlei Straftaten. Zu diesen gesellt sich noch ein Diebstahl, den der Angeklagte in einer hiesigen Buchhandlung gelegentlich seiner Konditionsfunde ausführte. Drei „Bäcker“ wanderten unbemerkt in seine großen Taschen und von da gleich wieder zum Antiquar, der ihm dafür ein Drittel des Wertes, 7 Mk., gegen Quittung anshändigte. Diese verlor der Angeklagte auch noch mit falschem Namen. Der Staatsanwalt sah das Objekt für gering an und beantragte gegen den reuigen Sünder vier Wochen Gefängnis. Das Gericht strich von dem Antrag noch eine Woche. Für alle seine Vergehen zusammen muß der Merkurius-Jünger nun 1 Jahr und 8 Monate brummen.

Schwankende Gesundheitsverhältnisse. Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der ersten vollen Februarwoche vom 6. bis 12. in den meisten deutschen Städten erheblich gebessert. Die Sterblichkeit ist fast überall zurückgegangen. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet betrug sie von den Städten mit mindestens 70000 Einwohnern in: Aachen 16,7, Altona 14,0, Augsburg 27,5, Bamberg 15,5, Berlin 13,2, Bochum 15,2, Bonn 22,1, Braunschweig 14,3, Bremen 13,3, Breslau 16,7, Charlottenburg 11,5, Chemnitz 13,4, Danzig 17,4, Darmstadt 10,6, Dortmund 11,8, Dresden 13,2, Deutsch-Wilmersdorf 8,9, Duisburg 16,7, Düsseldorf 13,2, Eberfeld 15,1, Erfurt 14,1, Essen 11,1, Frankfurt a. M. 13,8, Freiburg i. B. 16,3, Gießenburg —, Frankfurt a. O. —, Fürth —, Gera —, Hildesheim —, Gellentirchen 14,8, Götting 14,6, Hagen 10,1, Halle a. S. 13,7, Hamburg 13,6, Hannover 14,8, Harburg —, Hannover 13,2, Heidelberg —, Karlsruhe 12,8, Kassel 16,4, Kiel 9,2, Köln 14,6, Königsberg i. P. 16,4, Krefeld 12,1, Koblenz —, Leipzig 13,9, Lünen 10,2, Lützen —, Lübeck 14,0, Ludwigshafen 15,6, Magdeburg 15,0, Mainz 17,7, Mannheim 11,5, Metz 17,2, Mülhausen i. E. 13,0, Mühlheim a. S. 14,3, München 16,6, Münster 14,3, Nürnberg 12,5, Osnabrück 14,6, Paderborn i. B. 11,3, Posen 18,1, Remscheid 11,9, Rixdorf 8,5, Saarbrücken 13,7, Schöneberg 9,4, Spandau 15,2, Stettin 16,0, Stralsburg i. E. 17,3, Stuttgart 19,0, Wiesbaden 14,1, Würzburg 19,6, Zabrze 14,6, Zwickau 18,0.

Güterrechtsregister. Am 26. Februar 1910 ist bezug der Ehe des Agenten C. A. F. Busch und D. A. H. geb. Bruhn in Lübeck eingetragen: Durch Vertrag vom 2. Januar 1910 ist die Verwaltung und Nutzung des Mannes am Frauenzute ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

Der Halleische Komet ist jetzt etwa 8. Größe und steht nordwestlich vom Stern Delta Piscium. Der Komet 1910 a geht um 7.30 Uhr abends im Westnordwest unter und ist nur kurze Zeit sichtbar. Für das bloße Auge dürfte es kaum noch möglich sein, ihn zu sehen. Im Gegensatz zu den üblichen Ankündigungen, über die beim Durchgang der Erde durch den Schweif des Halleischen Kometen am 18. Mai auftretenden Erscheinungen stehen die Schlussfolgerungen, die Professor Virkeland über mögliche Luftveränderungen an jenem Tag zieht. Der angegebene Physiker ist der Meinung, daß der Schweif des Kometen aus elektrisch geladenen Strahlungen besteht, die am Abend des 18. Mai gewaltige Nordlichterscheinungen und magnetische Störungen in unserer Atmosphäre hervorrufen werden. Er glaubt ferner, daß diese Erscheinungen am häufigsten und zahlreichsten im Norden von Skandinavien auftreten werden.

pb. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom 26. auf 27. d. M. ist im Bootshaus des Lübecker Seglervereins bei der Herrenbrücke ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt, bei dem der Dieben mehrere Bröcke in die Hände gefallen sind.

Berein „Öffentliche Kesselfalle“. Die diesjährige ordentliche Jahresversammlung des Vereins findet am Mittwoch, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, im Bildersaal der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeiten statt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Dienstag geht Eugen Alberts Musikdrama „Die Fälschung“ nochmals in Szene. — Am Mittwoch ist bei ermäßigtem Mittwochspreisen Goethes Schauspiel „Phigeneia auf Tauris“ angeführt. Als Dreist wird Herr Sigismund Esfeld vom „Deutschen Theater“ in Hannover ein Gastspiel auf Engagement abspielen. — Für Freitag (Anfang ausnahmsweise 6 1/2 Uhr) befindet sich Wagners Musikdrama „Götterdämmerung“, der letzte

Tag aus dem Bühnenfestspiel „Der Ring des Nibelungen“, in Vorbereitung.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen Dienstag gelangt das erfolgreiche Lustspiel „Die Liebe wacht“ von Caillavet und de Hiers zum letzten Male zur Aufführung.

Stockelsdorf. Aus dem Gemeinderat. Am Freitag, dem 25. d. M., fand hier eine Gemeinderatsitzung statt. Auf der Tagesordnung standen 5 Punkte: 1. Bewilligung von Geldmitteln für den Bahnbau Lübeck-Segeberg, 2. Verkauf des alten Schulhauses in Gr. Stehrade, 3. Revision der Bauordnung, 4. Wertzuwachssteuer, 5. Straßennamen und Hausnummern. Über den ersten Punkt wurde eine rege Debatte geführt; unter anderem wurde von einem bürgerlichen Vertreter der Dorfschaft behauptet, daß diese Dorfschaft 10 000 Mk. für den Bahnbau bewilligt habe, wenn der Bahnhof in Eckhorst liegen würde. Sämtliche Vertreter waren sich aber darüber klar, daß alsdann die Gemeinde Stockelsdorf keinen Nutzen von der Bahn hätte, sondern der Bahnhof müsste in der Zentrale der Gemeinde liegen. Schließlich fand folgender Antrag Annahme: Der Gemeinderat beschließt, 50 000 Mk. Garantiefonds und 600 Mk. zu den Vorarbeiten dem Bahnbau-Komitee zu überweisen, mit der Bedingung, daß die Bahn durch Stockelsdorf geht und der Bahnhof in die Gemeinde Stockelsdorf auf das Grundstück des Herrn L. Röhling gelegt wird. Die nächsten drei Punkte wurden, da sie zur zweiten Lesung standen, debattelos angenommen. In der Wertzuwachssteuer müssen wir noch bemerken, daß unsere sechs Genossen dafür stimmten, zwei Bürgerliche dagegen; drei Bürgerliche hatten schon vorher das Lokal verlassen. Zum letzten Punkt Straßennamen und Hausnummern wurde beschlossen, die vom Gemeindevorsteher vorgelegten emaillierten Schilder, blau mit weißen Nummern, auf Gemeindefosten anzuschaffen und nicht, wie zuerst geplant war, auf Kosten der Hausbesitzer. Ein Straßengesetz, welches hierzu nötig ist, soll in nächster Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Schönberg. Der Landtag für das Fürstentum Rakeburg trat am Freitag zu einer eintägigen Sitzung zusammen. Neben Abrechnungen und Voranschlägen erledigte er Bahnfragen, nahm diverse Bewilligungen vor und verabschiedete nicht weniger als acht Gesetzentwürfe und eine Reihe von Petitionen. Bezüglich des neuen Lehrerbefolgungsgesetzes vertritt die Regierung auf das nächste Jahr, aber ganz leer sollen die Lehrer des Fürstentums doch nicht ausgehen, 10 000 Mk. sollen wieder zu außerordentlichen Zulagen bewilligt werden. Wie ein Lustspiel nahm sich die Behandlung der Bahnfrage Schönberg-Carlswitz aus. Die letzte Bahnlinie hat man in Schönberg ausgearbeitet, auch Schönberg hat 120 000 Mk. Beihilfe aus dem Landesfonds erbeten, aber mit keinem Wort verrät man, wie die restlichen 300 000 Mk. aufgebracht werden sollen. Das Ministerium konnte infolgedessen keinen Beschluß fassen und dem Landtag ging es genau so. Jetzt soll event. ein außerordentlicher Landtag über den Bahnbau beschließen.

Hamburg. Schluß der Legislaturperiode der Bürgerschaft. Das Hamburger Staats- und Stadtparlament wird alle drei Jahre halbschichtig erneuert, und folglich findet jedesmal nach den Wahlen die Neukonstituierung statt. Den Abschluß der dreijährigen Periode bildete die Budgetberatung, die eine Reihe von Sitzungen in Anspruch nahm und am Sonnabend, dem 26. Februar, zu Ende gebracht wurde. Rund 150 Millionen macht das Jahresbudget aus, und kommunale und staatliche Forderungen laufen bunt durcheinander. Am allgemeinen fand die Senatsvorlage die Zustimmung der Bürgerschaft, Abstriche gab es an einigen Stellen, wo eine Vermehrung des bureaukratischen Personals in Frage stand. Die an den Staat gestellten Forderungen werden natürlich immer höher, und so kam es, daß für 1910 7 1/2 Steuerleistungen beantragt und bewilligt wurden, der höchste Satz, der bisher erreicht worden ist. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte selbstverständlich gegen das Gesamtbudget. Aus der Debatte ist erwähnenswert, daß Genosse Stollen in den Senat interpellierte wegen seiner Stellung zu den Schiffsabgaben im Bundesrat. Senator Dr. Lestel gab keine direkte Antwort, erklärte aber die Bereitwilligkeit des Senats, auf vertraulichem Wege die Bürgerschaft über seine Haltung und deren Gründe zu unterrichten. Von den äußersten bürgerlichen Linken wurde dann auch der sozialdemokratischen Fraktion anheingeeben, Ausschussberatung zu verlangen. Da die neue Bürgerschaft erst in einigen Wochen zu Verhandlungen zusammentritt, hat der Senat reichlich Zeit, dem großmächtigen preussischen Nachbar den Willen ganz zu tun.

Neunküster. Die Vernehmungen der Beteiligten an der Wahlrechtsdemonstration am Sonntag, 13. Februar, begannen am Freitag morgen vor dem Untersuchungsrichter Gröszmacher aus Kiel im hiesigen Amtsgericht. Die Zahl der von Seiten der Polizeibehörde beschuldigten Personen beträgt 11, die Zahl der hierzu geladenen Zeugen 30. Außer diesen werden noch mehrere Angeklagte, sowie Zeugen geladen werden, so daß die Vernehmung der Vernehmungen vor dem Untersuchungsrichter nicht vor heute, Sonnabend, abends 6 Uhr, zu erwarten steht.

Unter den Beschäftigten befinden sich die drei sozialdemokratischen Stadtverordneten Radlof, Jürgs und Hohnsbee, welche beschuldigt werden: Erstens als Anführer des Demonstrationszuges sich betätigt und zweitens die Massen zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgefordert zu haben. Die übrigen Beschuldigten werden des Aufruhrs, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruchs, sowie tätlicher Beleidigung bezichtigt. Inwiefern die Anklage gegen die Betroffenen antreuerhalten bzw. erhoben wird, wird uns der in Aussicht stehende Prozeß lehren. Doch soviel steht schon fest, daß der sozialdemokratische Ausschuss, sowie der Kommissar Gutsmann bei diesem Prozeß keine Vorbeeren erringen werden.

Kiel. Der Wahlrechtsprotest der Kieler Stadtverordneten. Oberbürgermeister Dr. Fuhs hat es abgelehnt, die vom Landtagsabgeordneten Hoff und dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Adler eingebrachten Anträge, die Stadtkollegien möchten sich für die Ablehnung der preussischen Wahlrechtsvorlage und für Vornehmung der Wahlkreise sowie für die geheime Wahl auszusprechen, in den Stadtkollegien zur Erörterung zu bringen. — Auch der Kieler Magistrat hält sich natürlich sonst für liberal!

Züchow. Die Polizei hat immer recht. Genosse Kellermann, der am Wahlrechts Sonntag nach seiner Stillierung sieben Stunden im Haft behalten wurde, hatte gegen den Polizeikommissar Strafantrag wegen Freiheitsberaubung bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Nun ist ihm folgendes vom 19. Februar datierte Schreiben von der Staatsanwaltschaft Altona zugegangen: „Auf Ihre Strafanzeige vom 14. Februar d. J. gegen den Polizeikommissar Rasch wegen Freiheitsberaubung. — Ich lehne die Einleitung eines Verfahrens ab. Der Beamte war gemäß § 6 des Gesetzes vom 12. Februar 1850 befugt, Sie in polizeiliche Verwahrung zu nehmen, sobald die öffentliche Sicherheit und Ruhe solches erforderlich machten. Diese Voraussetzungen für Ihre Festnahme war durch die ermittelten Umstände gegeben, eine vorsätzlich rechtswidrige Freiheitsberaubung kommt somit nicht in Frage. — Gegen diese Verfügung, die mit der völlig unrichtigen Behauptung operiert, die öffentliche Ruhe und Sicherheit habe die Verhaftung erforderlich gemacht, wird die Entscheidung einer höheren Instanz angerufen werden.“

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Frei, gut möbl. Zimmer zu vermieten Westhoffstraße 44. I.

Gesucht zum 1. April Zwei- oder Dreizimmerwohnung, Mitte der Stadt, am liebsten parterre oder 1. St. Ang. m. Preisang. u. K.L.

Rosen-Blanzkartoffeln zu verkaufen Schwartauer Allee 233.

Zu verkaufen 1 Sofa, 1 Eckschrank, 2 Kaninchenställe Emilienstraße 5.

Zu verkaufen eine Sobelbank und Kinderklappstuhl Schützenstraße 47. II.

Billig zu verkaufen ein einschläufiges und ein zweischläufiges Bett. Zu erfragen Schulstraße 5, pt.

Ein Schmiede-Taschentaler für 1910 in unserer Expedition liegen geblieben. Der Eigentümer kann denselben bei uns abholen. Expedition des Lübecker Volksboten.

Sämtl. Damen- u. Kindergarderoben werden sauber und gutgehend angefertigt Werderstraße 17-19, I.

Vereinigte Butterhändler v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfd. 1.50 Mk.

Die Krankenpflege im Hause

als neunzehntes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek in Jochen erschienen. Ein unentbehrlicher Ratgeber für jede Familie, da über Behandlung der Kranken im allgemeinen, Einrichtung der Krankenküche, Hilfeleistung, Lagerung und Reinhaltung des Kranken etc. wichtige Ratsschlüsse gegeben sind. Preis 20 Pfg.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Uhren u. Goldwaren Trauringe 333 u. 585 gefl. anerkannt billig bei Ernst Bentzen, Uhrm., Königstr. 62, 6. u. 7. H. Gebelste Rabatmarken

Visitkarten — II. Elfenbeinkarten — 100 Stück von Mk. 1.— an Buchdruckerei d. Lüb. Volksb. Johannisstraße 46.

Aus meinem Leben

Von August Bebel.

Unser nun 70 Jahre alter Genosse Bebel hat in diesem Werke auf Wunsch vieler Parteigenossen seine Erlebnisse und Erinnerungen an die Öffentlichkeit gebracht; auch wird darin der vielen falschen Urteile und gehässigen Anklagen, mit welchen B. so oft überschüttet wurde, gedacht, um zu zeigen, wie die Wahrheitsliebe seiner Gegner : : zu achten ist. : : Allen Parteigenossen ist dieses Werk sehr zu empfehlen. Der erste Band, welcher bereits erschienen, ist zum Preise von Mk. 2.— elegant gebunden oder broschiert Mk. 1.50 erhältlich. Der Verlag: J. H. W. Dietz Nachfolger : : Stuttgart. : :

Zu beziehen durch die **Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.** Johannisstrasse 46.

Geschäfts-Eröffnung in Stockelsdorf. Morgen am 1. März eröffne ich in meinem Hause ein **Kolonialwaren-Geschäft.** Zudem ich um gütige Unterstützung meines Unternehmens bitte. Hochachtungsvoll **Fr. Jacobs.** Bei Barzahlung gebe 2% in Bond.

Hierdurch mache ich ergebenst bekannt, daß das Haus und **Restaurant Weit. Krambud. 7** durch Kauf in meinen Besitz übergegangen ist. Zudem ich den mich besuchenden Gästen aufmerksame Bedienung zusichere, bitte ich um gütigen Zuspruch. **Cort Hanschen.**

Nur noch diese Woche. Sonntag, den 6. März, letzter Tag. **Lübeck auf dem Burgfeld.** Das Tagesgespräch in Lübeck bildet Haases **Stufenbahn im Prachtbau.** Täglich geöffnet von nachmittags 4—11 Uhr abends. Wegen jedes Unwetter geschlossenes Unternehmen.

Adolf Hübner Uhrmacher u. Goldarbeit. Rönkschulstr. 13. **Einladung zum Benefiz-Ball** : des Personals : vom Hansa-Theater am 4. März im Konzerth. Flora. Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr. Herrenkarte 60 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg. Das Personal.

Verein Öffentliche Lesehalle zu Lübeck. Mittwoch, den 2. März 1910, abends 8 1/2 Uhr **Ordentl. Jahresversammlung** im Bilderst. der Gesellschaft zur Beförd. gem. Tätigk., Königstr. 5. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Wahlen. Der Vorstand des Vereins Öffentliche Lesehalle.

Holzarbeiter-Berband. Zahlstelle Lübeck. Morgen Dienstag findet keine Versammlung statt. Die Ortsverwaltung.

Stadthallentheater. Dienstag, 1. März. 7 1/2 Uhr. Zum letzten Male!

Die Liebe wacht. Lustspiel von Caillavet u. de Hiers. Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14 und Rob. Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater. Dienstag, 1. März. 7 1/2 Uhr. **Tief land.** Musikdrama von Eugen d'Albert. Mittw. Außerordl. Ermäß. Preise. **Iphigenie auf Tauris** Schauspiel von Goethe. **Orest — Siegismond Elfeld** vom Deutschen Theat. in Hannover a. G.

Der Finanzminister als Reklamechef der Firma Romanoff.

Als der englische Schriftsteller Lucian Wolf vor einigen Jahren in einer Polemik mit dem russischen Finanzministerium den russischen Goldschag mit dem Goldschrank der Humberte verglich, forderte ihn das russische Finanzministerium auf, nach Petersburg zu kommen und sich von dem Vorhandensein dieses Schatzes zu überzeugen. Dasselbe „Entgegenkommen“ zeigte der russische Finanzminister gegenüber den französischen bürgerlichen Parlamentariern, die vor einigen Tagen zum Besuch in Petersburg weilten. Als die Mitglieder der französischen Delegation in der Reichsbank eintrafen, wurden sie am Eingang vom Direktor Korschin und dem Finanzminister Rokowzew empfangen, der in voller Galauniform, die Brust mit Orden geschmückt, herbeigeeilt war, um den Vertretern der französischen Bourgeois den Goldschag zu zeigen und sie von der Kreditfähigkeit der russischen Regierung zu überzeugen.

Wenn schon die Beschäftigung der Kellerräume der Reichsbank durch die Parlamentarier, die angeblich nur zur Festigung der allgemeinen Friedensidee und der „freundschaftlichen“ Beziehungen zwischen dem französischen und dem russischen Volke nach Petersburg gekommen waren, diesem Besuch einen eigentümlichen metallischen Beigeschmack verlieh, so befestigte die Begrüßungsrede des geschwätzigen Pumpsministers jeden Zweifel an die verborgenen Absichten der russischen Regierung. Er stimmte seine Rede auf die Melodie: „Wir sind gottlob keine Betrügler!“ und versuchte, indem er prahlerisch auf die ringsum aufgestapelten Säcke mit Goldmünzen hinwies, die scharfe Kritik Jean Finots in der Pariser „Revue“, die auf die Börsenwelt einen starken Eindruck gemacht hat, durch verschiedene Mähchen zu entkräften. „Ich muß Ihnen sagen“ — erklärte er im Verlauf seiner Rede — daß der jetzige Stand der russischen Finanzen mir das Recht gibt, ein Optimist zu sein. Ich erlaube mir, Sie daran zu erinnern, daß die Umstände zur Zeit, wo die letzte Anleihe in Frankreich abgeschlossen wurde, allerdings nicht sehr günstig waren. Aber die französischen Kapitalisten, die ihr Geld in dieser Anleihe placieren, erhalten gegenwärtig eine Einnahme von fast 7 Proz. vom Kapital. Meine Herren, das Vertrauen, das die Kapitalisten Rußland schenken, hat sich unbedingt gerechtfertigt.“

Es muß verneint werden, daß die russischen Finanzen stehen, wenn ihr verantwortlicher Leiter zu solchen Reklamegriffen greift, um die Bedenken der französischen Kapitalisten gegen einen neuen Milliardenpump zu zerstreuen. Der Hinweis auf die 17 Proz., die die französischen Kapitalisten von der letzten Anleihe gewinnen, dürfte allerdings für die letzteren — ob auch für das russische Volk, das die Zinsen zu bezahlen hat, ist eine andere Frage — eine schlagende Beweiskraft besitzen. Aber das Demonstrieren des berichtigten „freien Vorkontes“ vor den französischen Parlamentariern wird für die letzteren, wenn sie sich nicht einer bewußten Irreführung des Publikums schuldig machen wollen, kaum einen anderen Wert haben, als die sonstigen wohlfrisierten Kundgebungen des russischen Finanzministeriums. Für die breite Öffentlichkeit kennzeichnet sich dieser Reklamegriff ohnehin als ein Versuch mit untauglichen Mitteln, der nur für die Finanzminister der russischen Regierung charakteristisch ist. Es ist in offiziellen russischen Denkschriften wie in der europäischen Presse so viel über den wahren Charakter des

russischen Goldschages geschrieben worden, daß es genügt, einiger dieser Stimmen auszuführen. Der Geheime Rat Schwanebach, der unter Witte eine hohe Stelle im Finanzministerium bekleidete und später Reichskontrollleur wurde, schrieb im Jahre 1899: „Das gewaltige Kapital, das in barem Golde nach Rußland gezogen ist hat nur zum Teil mit dem Exportüberschuß bezahlt werden können; größtenteils ist das Gold durch Anleihen im Auslande erworben. . . . Wir müßten Jahr für Jahr einen Teil unseres Goldfonds zu den Zahlungen im Auslande verwenden, wenn sich nicht in neuen Anleihen und im Verkauf unserer Fonds an das Ausland zwei weitere Quellen zur Bestreitung dieses unseres Tributs eröffnen.“ Hier wird also von offizieller Seite klipp und klar zugegeben, daß der Goldbestand, mit dem Rokowzew sich vor den französischen Gästen brüstete, zum größten Teil durch Anleihen im Auslande aufgebraucht ist und nur durch neue Anleihen oder durch den Verkauf russischer Fonds im Auslande aufrecht erhalten werden kann. So standen die Dinge vor dem japanischen Kriege und der Revolution. Im Jahre 1908 konnte Rokowzew in seiner klassischen Charakteristik der russischen Zustände schreiben: „Die Tatsache steht also fest, daß Rußland seine Währung und damit die Verzinsung seiner auswärtigen Anleihen durch kein anderes Mittel aufrecht erhalten kann, als durch fortgesetzten Import von Gold, d. h. im wesentlichen durch Anleihen im Auslande. Alles übrige, was zu dem Thema der russischen Finanzen gesagt werden kann, ist gegenüber dieser grundlegenden Erkenntnis von nebensächlicher Bedeutung.“ Auf einem ähnlichen Standpunkt steht Jean Finot in seinem von Rokowzew so leidenschaftlich angefochtenen Artikel in der „Revue“: „Die 2250 Millionen Francs, die Frankreich vor 3 Jahren an Rußland geliehen hat, sind . . . nur zur Deckung der jährlichen Budgetdefizite von durchschnittlich einer Milliarde Francs verwendet worden. So mußte Frankreich, um die Einlösung der vom russischen Finanzministerium ausgegebenen Schatzscheine zu ermöglichen, im März v. Js. selbst noch einmal 1250 Millionen Francs beleihen, von denen auch nicht ein Centime in Wirklichkeit dem russischen Staatsschatz zugute gekommen ist.“

Auch in diesem Jahre hat der Finanzminister den Etat mit einem Defizit von 84,2 Millionen Rubel abgeschlossen. Außerdem steht im November die Deckung der 400-Millionen-Anleihe in Deutschland bevor. Trotz der ausnehmend günstigen Ernte also wieder eine Anleihe von einer halben Milliarde — die „gewöhnliche Portion“, wie man in den Kreisen der Petersburger Bürokraten zu scherzen beliebt. Was Wunder also, wenn Rokowzew eine kleine Theatervorstellung in den Kellerräumen der Reichsbank arrangiert und sich selbst nicht scheut, einen Sack mit Goldmünzen öffnen zu lassen, damit die Abgesandten der französischen Bourgeois etwa nicht meinen, daß in den Säcken statt Gold — Sand enthalten ist. Mit solchen plumpen Bauernfängerkniffen wird für eine neue Anleihe Stimmung gemacht.

Der unpolitische Kriegerverein.

Überall dort, wo sich die Arbeiter auf ihre Menschenwürde besinnen und bestrebt sind, sich ihr persönliches und wirtschaftliches Selbstbestimmungsrecht zu wahren, erscheinen sofort auch die Matadore der Kriegervereine auf der Bildfläche, um ihre Arbeitermitglieder zu zwingen, neben der Kriegervereinsmitgliedschaft auch die „edlen“ Kriegerereigenschaften ja recht feitzuhalten und zu bewahren. Auch in

dem aufstrebenden Industriebezirk des Quersfurter Kreises ist dieses Bestreben bei allen denen, die die dümmsten Arbeiter für die besten halten, seit jener recht rege gewesen. In den letzten Tagen ist allen Kriegervereinsmitgliedern, von denen man vermutet, daß sie einer freien Gewerkschaft oder dem Konsumverein ananhören, das folgende hektographierte Schreiben zugestellt worden:

Gruppe Mühlen-Schlacht-Rohbach.

Schnellroda, Febr. 1910.

Geehrter Herr Kamerad!

Durch Beschluß des Preussischen Krieger-Landesverbandes in Eisenach ist es unzulässig, wenn Mitglieder eines Kriegervereins einer freien Gewerkschaft resp. einem unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Konsumverein angehören, oder sozialdemokratische Tendenzen unterstützen.

Somit stellen wir Ihnen anheim, sich binnen 8 Tagen schriftlich zu äußern, ob Sie dem sozialdemokratischen Konsumverein Mühlen und Umgegend resp. einer freien Gewerkschaft noch angehören, resp. den Nachweis zu liefern, daß Sie sich dort abgemeldet haben.

Erfolgt binnen der gegebenen Frist eine dahingehende Meldung nicht, so werden Sie vom Tage an vom Kriegerverein . . . ausgeschlossen und nicht mehr als Mitglied betrachtet. Dieses bezieht sich auch auf die Mitgliedschaft Ihrer Ehefrau, wenn selbige als Mitglied im Konsumverein eingetragen ist.

Es sollte uns leid tun, wenn Sie dem Kriegerverein dieserhalb den Rücken kehren würden, denn es wäre uns viel lieber, wenn Sie bei uns blieben.

Mit kameradschaftl. Gruß

D. Hause, Gruppenführer.

Das „Halle'sche Volksblatt“ bemerkt zu dem Schriftstück: „Was würden wohl die Herren Vorstandskameraden sagen, wenn wir verlangen, sie sollten aus dem Bund der Landwirte oder aus ihren sonstigen Vereinen austreten, weil uns ihre Mitgliedschaft dort nicht gefällt, oder wenn wir verlangen, sie sollen als gute Patrioten keine polnischen Gutsarbeiter beschäftigen, keine Italiener, Böhmen und Slowaken als Lohndrücker in die Gruben und auf die Bauplätze stellen, dafür aber lieber den hiesigen Arbeitern für schwere Arbeit entsprechenden Lohn zahlen. Sedenfalls würden sie solche Wünsche und solche Forderungen als ausgesuchte Annahmung und Frechheit bezeichnen. Sie mögen sich deshalb auch gefälligst klar werden, wie die Arbeiter, selbst wenn sie noch lieber Kriegervereinsmitglieder sind, solche Zuschriften betrachten und bezeichnen werden. Auch der ärmste Arbeiter besitzt ein Ehrgefühl und einen Stolz, vor allem aber sein Selbstbestimmungsrecht; deshalb werden sich die betroffenen Arbeiter auch einmütig zusammenschließen und den materiell interessierten Vorstandskameraden zeigen, wo Bartel den Most holt. Geschlossen dem Kriegerverein den Rücken kehren und der Gewerkschaft und dem Konsumverein treu bleiben, muß die Parole jedes Arbeiters sein, der es mit sich und seiner Familie ernst meint.“

Wir können nur immer wieder wiederholen: politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gehören in keinen Kriegerverein!

Aus der Partei.

Dankagung. Aus Anlaß meines siebzehnten Geburtstages sind mir aus dem In- und Auslande — ich darf ohne Übertreibung sagen, fast aus der ganzen Kulturwelt — so außerordentlich zahlreiche Glückwünsche und Zeichen der Anerkennung zugegangen, daß es ein Ding der Unmöglichkeit für mich ist, jedem einzelnen zu danken. Ich muß mich

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.

(25. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Jajaja! — ich mag mich nicht in Ihre Angelegenheiten einlassen! Aber mir scheint doch, daß Sie das Mädchen wegschicken könnten, wenn ich Sie darum bitte.“ Der Herr Staatsrat dürfen durchaus nicht an meiner Ergebenheit und meinem absoluten Gehorsam zweifeln“, erwiderte Andreas Moh und verbeugte sich tief; „ich denke aber, der Herr Staatsrat wüßten selber, wie stark dies Gefühl im Menschen ist und wie —“

Der Minister unterbrach ihn mit einer ungeduldrigen Gebärde. Er ging auf und nieder, aber er ließ die Fingerspitzen nicht gegeneinander. Wenn er ärgerlich und undiplomatisch war, steckte er die Hände in die Hosentaschen und kasselte mit den Schlüssel.

Minister Bennenchen dachte an all den Verdruß, der ihm zu Hause bereit werden würde, wenn Christine nicht fortkäme. Und ihm war nicht so bange vor der gesamten Oppositionspresse, wie vor seiner Gattin, wenn sie einen regulären Feldzug begann. Dann stöberte sie überall umher und spähte jeden seiner Schritte aus; und dabei konnte vieles an den Tag kommen, was wohl verwahrt und verborgen blieb, so lange das Verhältnis ein freundschaftliches und seine Frau guter Laune war.

Während er auf- und abging, machte sich Moh mit dem Ofen zu schaffen und ließ sich gute Zeit.

Der Minister sah Moh von Zeit zu Zeit an, und wie er nun alle Momente in dieser verdrüßlichen Sache zusammenfaßte, kam er zu dem Schlusse, daß eine Heirat zwischen Moh und seiner Nichte im Grunde genommen der beste Ausweg sei.

Ohne Zweifel würde Adelheid dadurch beruhigt und zufriedengestellt werden, und das war die Hauptsache. Dann aber würde auch Moh ihm noch um so mehr verpflichtet werden. Ferner gehörte es durchaus nicht zu seinem Ressort, darauf zu achten, daß die, welche eine Ehe schlossen, gesund seien.

Und endlich — wenn Moh sich verheiraten wollte, was mag's ihn an? — konnte er — der Minister — es ihm wohl anbieten?

Weshalb ging er hier denn eigentlich umher und ärgerte sich?

Der Minister stieß die Finger gegen einander, indem er in dem gewöhnlichen Bureauton fragte: „Haben Sie mit Ihrer Nichte von — von einer solchen Verbindung gesprochen?“

„Direkt habe ich die Sache noch nicht berührt; ich wollte darin auch nichts vornehmen, bevor ich nicht die Einwilligung des Herrn Staatsrates eingeholt hätte.“

„Ich was, Einwilligung; es ist ja Ihre Privatsache, mit der ich nichts zu tun habe.“

„Ich würde mir doch niemals einen solchen Schritt erlauben haben, ohne erst —“

„Gut, gut!“ unterbrach ihn der Minister ärgerlich, „wenn Sie glauben, daß das Mädchen will, so —“

„Ich danke tausendmal, Herr Staatsrat!“ versetzte Moh, und wollte seine Hand ergreifen; „ich zweifle nicht daran, daß, wenn ich erst die Einwilligung des Herrn Staatsrat habe —“

„Ich will kein Wort mehr von der Sache hören, Moh, verstanden?“

Der Minister war so aufgebracht, daß Moh bloß dankbar lächelte und sich zurückzog.

Bennenchen aber schüttelte den Kopf und stieß einen tiefen Seufzer aus nach diesem unangenehmen Auftritt, ehe er sich an die Arbeit machte.

Am Abend sagte er zu seiner Gattin: „Liebe Adelheid! Es tut mir leid, Dir mitteilen zu müssen, daß Moh von seinem Voratz nicht abzubringen ist.“

„Nun denn, Daniel“, fuhr seine Gattin auf, „so fange ich wirklich an zu glauben, daß dieser Mensch Dich auf irgend eine Weise in seiner Macht hat.“

„Ruhig, Adelheid! Nur ruhig.“ sprach der Minister, indem er seine hübsche Hand etwas emporhob, „sie — ich meine das Mädchen — kann ganz unschädlich gemacht werden, ohne daß wir sie fortzuschicken brauchen.“

„So? Wie das? — wenn ich fragen darf?“

„Sie könnte sich zum Beispiel verheiraten.“

„Hier im Hause?“

„Gewiß, liebe Adelheid, mit ihrem Onkel.“

„Mit Moh!“ — Das junge Mädchen mit dem alten Gespenst?

„Ja, siehst Du,“ erwiderte der Minister und löste die Halsbinde vor dem Spiegel, „das ginge doch eigentlich uns nichts an.“

„Nein, darin magst Du recht haben, bemerkte seine Gattin zögernd; „aber mir scheint doch —“

„Dadurch würde sie ganz unschädlich gemacht werden,“ fuhr der Minister fort.

„Das wohl,“ räumte Frau Bennenchen ein, „aber der ekelhafte Moh! Hast Du mir nicht überdies einmal erzählt, daß er krank —“

„Offiziell ist darüber nichts bekannt, und außerdem sollte man bei jeder Ehe genau untersuchen, ob —“

„Ja, Du hast recht, Daniel! Und wie du selbst vorhin sagtest, geht es doch wirklich uns nichts an!“

„Das ist's eben, meine Liebe, wir haben nichts damit zu schaffen.“

Als Frau Bennenchen die Sache eine Weile überlegt hatte, kam auch sie zu dem Schlusse, daß dieser Ausweg von allen der beste sei.

„Stammt die Idee von Dir, Daniel?“ fragte sie schelmisch.

„Nun, das will ich nicht gerade behaupten, hm!“

„Du bist doch ein feiner Mann!“ sagte die Frau Minister, „komm her zu mir, Daniel!“

Christine begann nun zu begreifen, um was es sich handelte. Onkel Andreas hatte nach einer schonenden Einleitung ihr erklärt, daß der Minister eine Sicherstellung gegen alle die Gerüchte, die, wie sie selbst wisse, im Umlauf seien, wünsche.

Eine Heirat mit Onkel Andreas war nach ihren Begriffen eine außerordentlich gute Partie. In den Umgebungen, zu denen sie gehörte, waren Vernunftpartien etwas ganz Gewöhnliches, und wenn dazu kam, daß ihr Vater es offenbar wünschte, so konnte sie nichts dagegen einzuwenden haben.

Sie hatte keine Verpflichtungen, sie hatte niemals einem Manne Hoffnungen gemacht. Deshalb verdros es sie zweiseitig, daß man sie dessen beschuldigt hatte.

Namentlich flammte ihr Zorn auf, wenn sie an den Doktor dachte, aber es war ein Zorn — schmerzlicher als alles, was sie früher gefühlt hatte.

Und obgleich sie keine Liebe zu beweisen hatte, schlüßte sie doch die ganze Nacht hindurch nach dem Abend, an welchem der Onkel sie geradezu gefragt hatte, ob sie seine Gattin werden wolle. Aber als sie sich ausgesprochen hatte, ward sie ruhig und vernünftig und sie gewann Stärkung durch den Gedanken, daß sie jetzt ihnen allen — und ganz besonders dem Doktor zeigen wollte, welches Unrecht sie ihr getan hätten.

Am nächsten Morgen gab sie dem Onkel ihr Antwort.

darauf beschränken, auf diesem Wege allen Beteiligten — Korporationen wie Personen — meinen aufrichtigsten und herzlichsten Dank auszusprechen für all das Liebe und Gute, das sie mir gewünscht und erwiesen haben.

Ich schreibe in diesen Dank auch die Parteipresse des In- und Auslandes ein, die durch Kundgebungen der Sympathie und warmer Teilnahme mir und meinen Angehörigen das Geburtstagsfest verschönerte.

Dank schulde ich aber auch dem Teil der bürgerlichen Presse, der unbefangenen und tiefen prinzipiellen Gegensätze, die uns trennen, es sich nicht nehmen ließ, meiner freundschaftlich zu gedenken.

Schöneberg-Berlin, den 25. Februar 1910.

V. Hebel.

Neue Zeugen im Meinelidsprozess Schröder. Das Landgericht Essen hat bekanntlich vor kurzer Zeit einen neuen wohlbegründeten Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens in Sachen des Meinelidsprozesses Schröder und Genossen abgelehnt. Jetzt haben sich noch zwei Zeugen gemeldet, die gesehen haben, wie der Gendarm Müller hinter Schröder eine stoßende Bewegung gemacht und Schröder unmittelbar darauf zu Boden gefallen ist. (Das war seinerzeit die Streitfrage). Öffentlich werden diese Zeugen nun genötigt, um die Wiederaufnahme des Verfahrens zu bewirken.

Gewerkschaftsbewegung.

Das Ende einer gelben Herrlichkeit. Nachdem die Direktion der Ozeanographenwerke in Brandenburg a. d. Havel den gelben Verein nicht mehr protegiert und erklärt hat, die Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten nicht anzutasten, liegt die gelbe Herrlichkeit auch schon in Scherben. Schon am nächsten Tage traten 121 Arbeiter aus dem gelben Werkverein aus. Nachdem auch noch die Funktionäre der Vereins die gelbe Fahne verlassen hatten, erklärte der Rest der Mitglieder in einer am nächsten Tage einberufenen Versammlung seinen Austritt. Das war ein schnelles Sterben des mühsam hochgepöppelten gelben Geblüdes. Friede seiner Asche! Im Verlaufe des „Bund“ wird ihm auch eine Leichenrede gehalten und eine Fährte zerdrückt über die „neueste sozialdemokratische Boyfortblüte“. Noch am Grabe wird sodann die Hoffnung ausgesprochen, daß an Stelle des begrabenen gelben Gewerkschafts eine gelbe Zentralorganisation für Brandenburg entstehen möge, der dort bestehende gelbe Arbeitsbund brauche nur ausgebaut zu werden. Glück auf zum neuen Bau!

Polizeiliche Hilfe im Lohnkampfe. In Ziegenhals, einem kleinen Städtchen an der österrösch-schlesischen Grenze, befinden sich seit einigen Wochen die Arbeiter der Möbelfabrik „Hoffnung“ im Unmut, weil die Poliere sich weigerten, eine erhebliche Lohnreduktion anzunehmen und die Tischler es ablehnten, die Arbeit der Poliere zu machen. Seit vier Wochen dauert der Kampf, und da die Erwerbsverhältnisse in dem Betriebe „Hoffnung“ ganz hoffnungslos sind, kam trotz aller Bemühungen kein Erfolg, und der Sieg neigte sich auf die Seite der Arbeiter. Jetzt ist nun dem bedrängten Fabrikanten ein Retter in der Not entstanden. Sechs der am Unmut beteiligten Arbeiter österreichischer Nationalität ist der Ausweisungsbefehl zugegangen. Die drei Verheirateten sollen innerhalb dreier Monate, die übrigen Ledigen innerhalb vierzehn Tagen Deutschland verlassen. Die drei Verheirateten arbeiten seit 10, 12 und 20 Jahren in Ziegenhals. Jetzt haben sie sich „lästig“ gemacht und werden über die Grenze geschoben, nicht etwa weil sie sich hervorragend an der Bewegung beteiligt haben, sondern weil sie ihre einfache Arbeiterpflicht erfüllen, und weil sie ihren ausständigen Kollegen nicht in den Rücken fielen.

Mansfelder Justiz. Nach Angaben der Bergarbeiterzeitung sind aus Anlaß des Mansfelder Streiks insgesamt 150 Monate Gefängnis gegen Mansfelder Einwohner verhängt worden. Die „Bergarbeiterzeitung“ sagt dazu: „Uns schaudert, wenn wir daran denken, daß alle diese Verurteilungen und schließlich der Streik selbst auf die eine Ursache zurückzuführen sind, daß deutsche Minenkapitalisten von den Bergarbeitern verlangten, auf das ihnen gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht Verzicht zu leisten!“

Die Bäckereihelfen von Nürnberg und Fürth befinden sich vor einer Lohnbewegung. Sie haben in zwei gut besetzten Versammlungen erklärt, daß die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen dringend der Verbesserung bedürfen. Die Verbandsleitung erhielt den Auftrag, sich mit den maßgebenden Stellen sofort in Verbindung zu setzen, um für die Durchführung der aufgestellten Forderungen einzutreten. Ferner wurde dem in Nürnberg-Fürth noch ganz besonders grassierenden Rost- und Logisunwesen der Krieg er-

kärt und dessen gefehliche Beseitigung, sowie die Einführung eines wöchentlichen ununterbrochenen Ruhetages von 86 Stunden gefordert.

Amliche Statistik über Streiks und Aussperrungen im Jahre 1909. Nach den soeben veröffentlichten Zusammenstellungen des Reichsarbeitsamtes weist das Jahr 1909 allgemein höhere Beteiligungsziffern bei Streiks, dagegen niedrigere bei Aussperrungen auf, gegenüber dem Vorjahre. Die Zahl der von Streik betroffenen Betriebe ist im Berichtsjahre allerdings etwas gefallen — von 4774 im Jahre 1908 auf 4608 im Jahre 1909. Wäufig stillgelegt wurden 1214 Betriebe im Jahre 1908 gegenüber 1228 im Jahre 1909. Die Zahl der Streikenden stieg von rund 68 000 auf beinahe 92 000, die Zahl der durch den Streik gezwungen gebliebenen von 7400 auf 8800. Mit vollem Erfolge wurden 255 Streiks beendet (1908: 200), mit teilweise Erfolge 488 (1908: 487) und erfolglos 676 (1908: 704). Streiks überhaupt wurden 1419 geahndet gegen 1847 im Vorjahre.

Die Zahl der Aussperrungen fiel von 177 im Jahre 1908 auf 108 im Jahre 1909. Dementsprechend war auch die Zahl der von der Aussperrung betroffenen Betriebe niedriger. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter verringerte sich von rund 48 700 auf 22 100. Mit vollem Erfolge endeten 46 Aussperrungen (1908: 100), mit teilweise Erfolge 51 (1908: 69) und ohne Erfolg 9 (1908: 8). Die amtliche Statistik kollidiert bekanntlich in ihren Aufzeichnungen immer erheblich mit der von den Gewerkschaften aufgenommenen. Immerhin spiegeln diese Zahlen doch recht anschaulich das industrielle Leben in Deutschland wieder, dessen Aufstieg auch an diesen Zahlen unverkennbar ist. Zugleich zeigen sie aber, daß die Lohnkämpfe wieder von besserem Erfolge gekrönt sind und die von den Unternehmern so gern angewandten Aussperrungen in ihrer Wirkung versagen. Die gewerkschaftlichen Aktionen können sie damit nicht lähmen, eine bessere Wirtschaftskonjunktur bringt auch der ausdauernden Gewerkschaftsarbeit wieder bessere Erfolge.

Die Rentenquerschnere in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung.

Vor 2 Jahren teilte das Reichsversicherungsamt mit, daß die „lebhaften Klagen der land- und forstwirtschaftlichen Unternehmer über das Anwachsen der Unfallkosten ähnliche Maßnahmen veranlaßt“ habe, wie sie seit mehreren Jahren auf dem Gebiete der Invalidenversicherung mit guten Erfolge durchgeführt worden sind.“ Um „die Berechtigung der Klagen nachzuprüfen, die Ursachen der Steigerung der Rentenlast und einiger dabei beobachteter auffälliger Erscheinungen zu erforschen und Mittel zur Abhilfe zu suchen“, habe eine Kommission aus Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes, des Reichsamtes des Innern usw. eine große Anzahl laufender Entschädigungssachen sowohl auf Grund der Akten als auch vor allem unter persönlicher Beteiligung der vorgeladenen, oder in ihrer Wohnung aufgesuchten Rentenempfänger nachgeprüft. Bei diesen Erhebungen seien nicht nur die nach den geltenden Reichsgesetzen sich bietenden Mittel zur Abhilfe, sondern auf Wunsch des Staatssekretärs des Innern auch gesetzgeberische Maßnahmen ins Auge gefaßt worden, welche zur Beseitigung „vorgefundener Mißstände vorgeschlagen“ wären.

Diese Untersuchungen sind auch die letzten beiden Jahre fortgesetzt worden. Aber die Wirkung gibt uns am besten die Statistik der Unfallversicherung Aufschluß. Sie zeigt, daß nicht allein die Zahl der Entschädigten, sondern auch die Höhe der Entschädigungen erheblich zurückgegangen ist. Im Jahre 1902 kamen auf 1000 versicherte Personen in der Landwirtschaft 5,18, die eine Entschädigung erhielten, im Jahre 1908 waren das aber nur 3,69. In der Industrie ist insoweit diese Ziffer von 8,06 auf 8,86 gestiegen. Die Verminderung der entschädigungspflichtigen Unfälle ist selbstverständlich einfach dadurch erzielt worden, daß für eine Reihe von Unfällen, namentlich die „kleineren“, eine Rente nicht mehr gewährt wird. Wie nun aber für jene Verletzten, die doch nicht ganz abgewiesen werden konnten, die Entschädigungsbeträge immer geringer wurden, zeigt folgende Aufstellung. Es entfielen auf einen im Rechnungsjahre entschädigungspflichtig gewordenen Unfall an Entschädigungsbeträgen:

Im Jahre 1890	102,92 Mk.
1893	92,68
1896	84,15
1899	78,35
1902	79,28
1905	78,78
1908	76,71

Es waren ein paar Ministerialboten da mit ihren Frauen und Töchtern, ferner die Polizeidienner Andersen und Knudsen. — Letzterer war jedoch nur verjuchswiese bei der Polizei angestellt und stand deshalb unter Andersen's Aufsicht.

Dann war da der Feldwebel Knoff in Uniform und Handschuhen, der Schornsteinfeger Kunde nebst Frau, einer Schwester Andersen's, der Obergerichtsbote Paalisen — bekannt wegen seines gesellschaftlichen Talents, und Madame Grüner, die, wenn der König zum Besuch in der Stadt war, die Anführungen besorgte.

Unter der übrigen Gesellschaft befanden sich ein Hafenaufseher, mehrere Sergeanten und einige Eisenbahnbeamte in Uniform nebst ihren respektiven Damen.

Die Köchin ward jeden Augenblick im Gange sichtbar und machte dem Bräutigam Zeichen; dieser aber sah, nach der Uhr und schüttelte den Kopf.

Endlich entstand eine Bewegung unter den Herren an der Tür, und zwei Damen traten ein. Die erste war ein hübsches Mädchen von hohem Wuchs; sie hatte blondes Haar und große glänzende Augen. Sie trug ein hellseidenes Kleid und hatte Ohringe aus Filigran und eine silberne Kette mit großem Medaillon um den Hals.

Die andere war eine behäbige Frau von etwa vierzig Jahren; das glatte schwarze Haar war an der Seite geschnitten und bildete bei jedem Ohr eine kleine Schmachkloche. An der einen Seite des Kopfes hatte sie eine hochrote Rose und an der anderen einen Kolibri in einem Knoten aus schottischem Band. Ihre volle Wüste war in ein Leibchen von dunkelrotem Samt gepreßt, das vorn ausgeschlitten und von einer goldenen Brosche in Form eines Hufeisens zusammengehalten wurde. In das Leibchen schloß sich ein schwarz-leidener Rock, der mit kleinen Rosenbutetts aufgefähet war.

Redakteur Mortensen stieß einen Ruf der Bewunderung aus, als sie durch das Zimmer schritt, und die Ätze von den Damen schlug scherzend mit dem Fächer nach ihm.

„Liebe Christine,“ sagte jetzt der Bräutigam mit der ihm eigenen Würde, „dort ist die Fräulein Soelue Nilsen vor-
stellen, die uns die Ehre erwies und das Vergnügen fand ganz auf meiner Seite,“ erwiderte die junge Dame, freundlich lächelnd.

(Fortsetzung folgt.)

Und das trotz der Lohnsteigerungen bei den Arbeitern die doch die Grundlage für die Rentenhöhe abgeben sollen. Infolge der Maßnahmen des Reichsversicherungsamtes ist die auffällige Tatsache zu verzeichnen, daß seit dem Jahre 1901 sogar auch die Gesamtausgaben der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zurückgegangen sind.

Es entfielen Gesamtausgaben auf

Im Jahre	einen Verletzten	einen Vertrieben
1906	3,89 Mk.	8,07 Mk.
1907	3,48 Mk.	8,26 Mk.
1908	2,82 Mk.	7,84 Mk.

Der Rückgang von 1907 auf 1908 ist ein ganz erheblicher. Das ist alles natürlich nur möglich gewesen dadurch, daß auch die Rechtsprechung sich den eingangs erwähnten Maßnahmen angeschlossen hat. Mit dieser schon im allgemeinen ungünstiger geworden, so ganz besonders für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Von den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung wurden Verurteilungen gegen die Beschäftigten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften erliegt:

Im Jahre	Verletzten	Verurteilungen
1901	22,0	67,0
1903	21,8	67,8
1905	18,9	71,5
1907	10,1	72,2
1908	17,2	74,4

Der Erfolg für die Verletzten ist immer geringer, der für die Berufsgenossenschaften aber immer besser geworden. Eine ähnliche Tendenz zeigt auch die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes. Was die Junker wünschen, das geschieht selbst in den Versicherungsinstitutionen der Arbeiter.

Soziales.

Die fehlende Schutzvorrichtung. Im Betriebe des Wurfmaschinenfabrikanten Sch. in Wundheim verunglückte vor einiger Zeit ein Fleischwerkler, in dem er sich bei der Bedienung des Fleischwolfs eine erhebliche Verletzung der Hand zuzog. Die Verletzung hat eine Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit des jungen Mannes zur Folge, weshalb ihm von der Fleischwerklerberufsgenossenschaft eine jährliche Unfallrente von 267 Mk. zugesprochen wurde. Die Berufsgenossenschaft beanspruchte nunmehr auf dem Wege der Zwangsverfügung vom Wurfmaschinenfabrikanten Sch. Ersatz für die auf Grund des Unfalls gemachten und noch zu machenden Aufwendungen. In der Begründung der Klage war Sch. informiert für den Unfall verantwortlich gemacht, weil er den Fleischwolf ohne die vorgeschriebene Schutzvorrichtung gelassen habe. Die zweite Zivilkammer in Braunschweig verurteilte den Beklagten zur einmaligen Zahlung von 347,6 Mk. für gebahle Auslagen und zur Zahlung einer jährlichen Rente von 267 Mk. für die Lebensdauer des Verletzten. Wenn gegen alle Unternehmer, die sich nicht zur Anschaffung und Anbringung der nötigen Schutzvorrichtungen in ihren Betrieben verstehen wollen, in gleicher Weise vorgegangen würde, so hätten wir bald eine bedeutende Abnahme der schauerlich hohen Unfallziffern zu verzeichnen.

Verlegung der Zigarrenfabrikation nach dem Osten. Wenn nach der Tabakarbeitererböhung im Jahre 1879 die Zigarrenfabriken nach dem Süden verlegt wurden, um die Fabrikation zu verbilligen, so wird jetzt vielfach von den Fabrikanten der Osten bedorugt. Die Großfirma J. Neumann, die ihren Hauptsitz in Berlin und 160 Zweiggeschäfte und Depots in 90 deutschen Städten hat, scheint darin zunächst vorzugehen. Wie uns mitgeteilt wird, amoneliert diese Firma in einer Brömberger Zeitung nach „Zigarrenarbeiterinnen und jungen Mädchen, die das Zigarrenmachen erlernen wollen“, um diese für ihre neue, Anfang März er. in Marienwerder (Westpreußen) errichtete Fabrik einzustellen. Da zirka 48 000 Unterhaltungsgefuche zum 4 Millionenfonds von den Tabakarbeitern eingeleitet sind, muß man es frivol nennen, in dieser für das Gewerbe bedrängten Zeit auch noch weibliche Zigarrenmacher in größerer Zahl anwerben zu wollen. Im Interesse der arbeitslosen Tabakarbeiter werden die Arbeiterinnen daher ersucht, diese Arbeitsangebote abzulehnen.

Unternehmer-Terrorismus und sein Ende. Der Obersteiger Lauterwald, Vorgesetzter der Arbeiter vom Hohentalschacht, hat durch seinen reichstreuen Hausmeister Hoffmann folgendes, an gewisse Kasernenbefehle erinnerndes Verbot erlassen: „Allen Bewohnern gewerkschaftlicher Wohnungen ist das Lesen und Halten sozialdemokratischer Schriften verboten. Sollte es jedoch noch jemand wagen, dem wird sofort Arbeit und Wohnung gekündigt.“

Kommunales.

Ein sozialdemokratischer Erfolg. Für die Wahlen zur Düsseldorf'scher Stadtverordneten-Versammlung gilt ein Zensus von 6 Mk. Staatsrentenbesitzern, der höchste Satz, den die Rhein. Städteordnung kennt. Ein Antrag des Sozialdemokratischen Vereins an die Stadtverordneten-Versammlung, den Zensus auf das gesetzliche Mindestmaß von 4 Mk. herabzusetzen, wurde 1906 vom Zentrum und Liberalen — unsere Genossen sind im Stadtparlament nicht vertreten — einstimmig abgelehnt. Jetzt hat der Sozialdemokratische Verein seinen Antrag wiederholt mit dem Erfolg, daß die Stadtverwaltung der am 1. März stattfindenden Stadtverordneten-Versammlung die Herabsetzung des Zensus auf 4 Mk. vorschlägt.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Berliner Polizei wieder auf der Anklagebank. Am Sonnabend nachmittag fand eine Schöffengerichtsverhandlung statt, in der sich wiederum eine Anzahl Verhaftete aus der Ferrer-Versammlung vom 19. Oktober v. J. zu verurteilen hatten. Bekanntlich wurde damals nach Schluß der Versammlung das Publikum von der Polizei eingekesselt, und eine große Anzahl Personen wahllos verhaftet, die man nachher wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und groben Unfugs auf die Anklagebank schleppte. Am Sonnabend hatten sich 4 von diesen Verhafteten zu verantworten. Wie sie zu der Anklage gekommen sind, schildert am treffendsten der Angeklagte Zwickmann, ein ganz unbetheiliger Mann, der zufällig in den Menschnäuel hinein geraten ist. Er sagt, daß das Gedränge dadurch entstanden sei, daß berittene Schutzleute, auf den Bürgersitz sprengend, die Menge vor sich hertrieben. Frauen seien dabei von den Säufen der Pferde getreten worden, sodas große Aufregung entstand. Auch von der anderen Seite sei dann eine Schutzmannssetze vorgeföhrt, sodas es kein vor- noch rückwärts gab. Nun habe ein Polizeibeamter kommandiert: „Die Bande zusammengetrieben,“ und jeder sich einen fassen.“ Zwickmann wolle dem Bericht auch erzählen, wie die Festgenommenen auf der Wache behandelt worden seien. „Na, Ihr Herr hat wohl keine Weibe,“ habe ein Leutnant sie angebetet. Doch der Vorstehende münkte ab. „Schön, schön, das geht uns nichts an.“ Die Beweisaufnahme ergab die völlige Richtigkeit dieser Darstellung. Schumann Schulte mußte

... ob irgend einer der Angeklagten irgend etwas getan habe. Er meinte: „Der Haufen war zusammen, und den Haufen haben wir genommen.“ Ein Wachtmeister wollte das Eingreifen der Polizei rechtfertigen. Ein Verittener sei mit seinem Pferde gestürzt, die Menge sei in hellen Jubel ausgebrochen, sodass es nicht mehr anders ging als einzuschreiten. Der Verteidiger ergänzte diese Aussage dadurch, daß er unter Beweis stellte, jener Verittener sei gestürzt, als er, aufs Trottoir springend, eine Frau attackieren wollte. Bei dieser Sachlage sprach das Gericht sämtliche Angeklagte frei und übernahm auch die Verteidigungskosten auf die Staatskasse. — Verurteilt war allein die Polizei.

Milde bestrafte Soldatenschänder. Das Kriegsgericht in Würzburg verurteilte den Oberleutnant Rohe in Bamberg zu 2 Tagen Stubenarrest. Er hatte gelegentlich einer Gefechtsübung den Rekruten Frank, einen südtischen Viehhändler, aus Ärger darüber, daß Frank nicht in der vorgeschriebenen Deckung lag, mit den Worten „Kerl! Ich reite dich zusammen, solche Kerle sind keinen Schuß Pulver wert.“ beleidigt. Dann setzte er seine Worte in die Tat um und sprengte über Frank hinweg, wobei dieser einen heftigen Hufschlag an den Oberhüftel erhielt. Seit 44 Tagen liegt der verletzte Rekrut im Lazarett und wird wahrscheinlich dauernden Schaden davontragen. Rohe hat sich seine Dravour im chinesischen und Persepolis geholt.

Arbeiter-Dilettanten-Kunstausstellung Frankfurt a. M.

Von Adolf Leventstein-Berlin in der Frankfurter „Volkstimme“.

Wie oft wurde nur die Frage gestellt, wie es möglich war, die Bilder zusammen zu bringen, oder welche Methode angewandt wurde? Als ob sich das lebenswarme Individuum mit seinen komplizierten Gefühlsnuancen in Methoden pressen ließe!

Eine sehr weit umfassende wissenschaftliche Methode brachte mich mit vielen tausenden Arbeitern in Verbindung. Hier und dort gelang es, feinste feilsche Fäden zu knüpfen, sie zu vertiefen, erforderte eine überflutende Privat-Korrespondenz. Ein ganz individuelles Vorgehen ermöglichte erst, die tief innerlichsten Triebe des Arbeiters zu analysieren, das feilsche Reservoir zum Überfluten zu bringen. Schwer ist es, dem Proletarier in sein Inneres zu sehen. Gleich vielen primitiven Naturen verleiht er sein Seelenleben. Diese Menschen sind meist schweigsam, weil ihr ganzes Leben nichts ist, als eine monotone Kette ewiger unauflöslicher Arbeit, Freudlosigkeit des Daseins, Atomisierung des Lebensplanes. Suchend und sehnd betrachtete ich die kalten Wände mit den verklärten Bildern in manchen sonst trostlosen Arbeiterheim, hatte ungeheuer viel Mühen zu überwinden, nicht zuletzt die schamhafte Scheu vor der Öffentlichkeit zu besiegen. Wollten sich nicht dem Spott ihrer Kameraden aussetzen, nicht den kritischen Blicken, die läßt über das hingelassen konnten, was aus tiefer Seele gegeben war. Wie unter einem Zwange, jenem Zwange, der auch die Kunst der Naturwörter entstehen läßt. Vor allen Dingen ist es das soziologische Moment, das der Ausstellung ihrer Gepräge verleiht. Aber auch rein künstlerisch erbebt sie sich, nach Ansicht Vernierers, zu einer Höhe, die um so bemerkenswerter ist, als lediglich das psychologische und soziologische Moment in den Vordergrund gestellt wurde. Wer Gelegenheit hatte, tauglich mit geschärften Augen, die Menschen in der Berliner Ausstellung zu betrachten, konnte sich oft eines wehmütigen Gefühls nicht erwehren, wie fremd diejenigen, die auf der Höhe des Lebens wandern, waren Brüdern in der Tiefe gegenüberstehen, und gerade das Nichtverstehen bedeutet eine kulturelle Gefahr. Wir alle kennen sie — die Menschen schweren, plumpen Schrittes, an denen wir vielfach so achilles vorüberfliegen, und die jetzt uns offenbaren, welche künstlerischen Energien in ihnen schlummern. Sie alle wurden früh von den Fängen des großen Naderwerths gepackt, das wir moderne Arbeiter nennen, wurden als Jünglinge, vielleicht als Kinder schon gefoltert von seinem Stampfen, Zischen und Knattern. Aber all der Lärm hat sie nicht ganz betäubt können, in die Kunst retteten sie sich hinüber, was ihnen die Wirklichkeit nicht halten konnte.

Wer Tag für Tag an Schraubstock oder sonst einer Maschine steht, den größten Teil seiner freien Zeit der Bartei, der Gewerkschaft und seiner geistigen Fortbildung widmet und dann noch einen so hohen Grad künstlerischer Bedürfnisse zeigt, daß er selber zum Winkel greift, ohne Auleitung aus Linien und Farben eine Welt sich baut, in dem werden wir eine tiefere feilsche Nötigung voraussetzen müssen.

Seitdem die berufsmäßige Arbeit den Arbeiter teilweise auf die Stufe eines bloßen Mittels herabgedrückt hat und die Arbeitsfreude vielfach verloren gegangen ist, lebt er seine Arbeit nicht mehr, im Gegensatz zum alten handwerklichen Arbeiter, bei dem immerhin doch noch Kunstinstinkte vorhanden waren. Der moderne Arbeiter lebt nicht vom Brot allein; er geht keineswegs im Gewerksinteresse auf.

Vielleicht ist es wahr, daß das Weben der Phantasie hart an der Hungergrenze beginnt und sogar Lustgefühle erzeugt. Darin liegt die kulturelle Bedeutung der Arbeiter-Dilettanten-Kunstausstellung, in der Erweckung von Lustgefühlen durch die Kunstbetätigung, und diese Lust im Proletariat zu wecken, sollte uns der soziale Militarismus befehlen. Lust ist aber an sich Hoffnung, und diese muß das Übergewicht haben, wenn nicht Verzweiflung und Lethargie eintreten sollen. Von den Arbeiterkünstlern gilt Professor Harnack's Wort, das er mir einst schrieb: „Sie gehören sämtlich zu dem Geschlecht, das aus dem Dunkeln ins Delle strebt, und indem sie dies so kräftig betonen, fühle ich mich mit ihnen verwandt, so verschieden meine Weltanschauung ist.“

Aber eine tiefbetäubende Tatsache bleibt bestehen: daß so viele Tausende, deren Persönlichkeit durch die moderne Technik verflaut wird und die durch staunenswerte Energie ihre Feiertagsstunden zu feilsch erhebenden zu machen wissen, schließlich doch durch den Kapitalismus erwürgt werden.

In dem Dualismus des Wissens und Wollens, der Tagesnotwendigkeit und des Feiertagsstrebens offenbart sich eine grausame Tragik. Es ist gewiß kein leichtes Kapitel, die Feiertage des Arbeiters; denn es heißt: was ist aus einem ermüdeten Geist und Körper noch an positiv kulturell wertvoller Arbeit herauszuholen? Auch unter den Arbeiterkünstlern gibt es Michael-Rohlschaas-Naturen, die sich an der Idee der gewalttätigen Knechtung ihres feilschen Dranges verbluten. Die Dissonanz zwischen Physischem und Psychischem bringt charakteristisch ein Barmer Bandflechter zum Ausdruck:

Nun ist der Tag zu Ende,
Das Ruh ist abgetan,
Und bis zum andern Morgen
Bin ich ein freier Mann.
In meiner Seele nun erwacht
Das wilde Sehnen wieder,
Sie strebt empor, sie jauchzt und lacht,
Singt goldne Freiheitlieder.

Doch ach! die müden Glieder,
Die Seele bald! Genug!
Die Seele sinkt ins Stend
Zurück nach kurzem Flug.
Mein Weilschen ist auch ausgebrannt,
Die Prosa hat mich wieder.
Ich setz' mich auf des Bettes Rand
Und starre sinnend nieder.

Was soll — was soll das Sehnen?
Oib, Seele, dich zur Ruh!
Sieh hin ins Alltagsleben
Und sag' kein Wort dazu! —
Doch meine Seele weinet still
Und hebt die schwachen Schwingen:
O laß mich nur! Ich muß — Ich will
Empor zum Lichte dringen!

Der Verteilung, Atomisierung des Menschen, durch die berufsmäßige Arbeit, dem ganzen Birkel von Unlustaffektensucht der Arbeiter auf alle mögliche Weise zu entgehen, und die Ausstellung lehrt uns, wie sich diese ruhelosen und geheften Menschen zur Kunst hinüberretteten und diese vielfach ein Faktor feilschen Gleichgewichts wurde. Bergarbeiter, Schlosser, Schneider, Buchdrucker, Maurer usw. umgreifen zum Winkel oder Griffel, um immer reichere und schönere Kräfte aus der Natur zu schöpfen und sie dann in Bildern zu verinnerlichen. Dies alles bei Wochenlöhnen von 15, 20, 25, 30 und 35 Mk. und zwei bis sieben Kindern.

Dabei ist noch ein besonders tragisches Moment von einschneidender Bedeutung zu berücksichtigen. In diesen Arbeiterkünstlern drängt es vielfach heftiger und unwiderstehlicher nach einer Befreiung des Gedankenüberflusses, sie haben das feinere und phantasievollere Auge dem Wilde der Welt gegenüber und tausende Zeugnisse dieser mahnenden und bastehenden Arbeiter verfinden den Kummer, den sie durch den Hohn und Spott der flacher veranlaßten Kameraden erfahren. Ein großer Prozentsatz der hier ausgezeichneten Arbeiterkünstler sind gleichzeitig Philosophen und Dichter, bei welcher Gelegenheit vielleicht die erlaunliche Tatsache konstatiert werden darf, daß ich allein mit Hunderten von Arbeitern über Nichtiges „Also sprach Zarathustra“ korrespondiere. Also sie sind einsam geworden in ihrem Willen, werden von ihren Kollegen vielfach nicht mehr verstanden und diese Dissonanz überträgt sich naturgemäß auch auf das häusliche Leben. Wie oft kamen Zeichnungen an, zerrissen von der Frau und dabei ein Verleumdungen, worin sich der Arbeiterkünstler in bitteren Worten beklagt, daß seine Frau nicht will, daß er malt. Das mag wunderbarlich erscheinen, findet aber seine Erklärung darin, daß, soweit meine Forschungen reichen, der Akkordlohn des Arbeiters in dem Maße sinkt, je mehr er dem feilschen Drange, also in diesem Falle der Materiel folgt.

Schweigsame einsame Naturen ist das Charakteristikum des Arbeitertyp der Ausstellung. Da schreibt ein Frankfurter Schlosser: Das tiefe Gefühl des Unverstandenseins erstickt in mir das Bedürfnis, mein Fühlen jemanden zu sagen, erzieht sogar direkt zum Schweigen. Ich gelte als Sonderling unter den Schlossern und ich sehe selbst, wie schwer es mir, dem philosophierenden Kopfe gelingt, mit frohem Interesse meiner Verursacher vorzulehen. Allerdings auf der anderen Seite möchte ich den Neiz nicht missen, mit aller Schärfe und Konzentration mein eigenes Tun zu kontrollieren.

Ein Bremer Maschinist schreibt: Verleßt durch die Manieren meiner Altersgenossen, abgestoßen von der Unhaltlosigkeit ihrer Bedürfnisse, zog ich mich bald von allen zurück. Ich fing an, zu malen, meiner selbst willen malte ich. Es war mir ein Trost und ward mir zur Fundgrube der köstlichsten Freude. Dem Spott von seiten meiner Frau trogte ich und schweigend verzeh ich der, die mich nicht verstand. Ich male und zeichne nach zehn- bis zwölftägiger Arbeit an der Maschine. Ich höre nicht auf den Mahnruf der besorgten Mutter, mich der Ruhe zu pflegen. Gestalten, Bilder, drängen sich vor meinem geistigen Auge. O, daß ich sie alle malen könnte. Ach, wäre ich frei. Aber die Sorge, die Sorge. Und doch bin ich heiter, ja glücklich. Getreu bleibe ich der Arbeit und der Kunst.

Ein Kettenstecher, der viele Monate hindurch bis 1/20 Uhr abends überstunden zu machen hatte, hat oft des Nachts auf dem Hausflur in der Kälte gelesen und gepinselt, bis das Licht im Hausflur erlosch.

Ein hiesiger holsteinischer Schuster entwickelt in rührendem Gedankengange, wie seine Seele sich mit belebender Hoffnung erfüllt, wenn er nur zum Winkel greifen kann. Zu arm, um sich Leinwand zu kaufen, benützt er das graue Futter der Schuhe, um dem feilschen Drange zu folgen; wie auch das Urteil über meine Bilder sehr mag, schreibt er, wie auch die Menschen darüber denken mögen, wie das Sprichwort sagt: „Schuster, bleib bei deinem Leisten“, ich werde doch weiter malen, ich male ja nur für mich.

Ein simpler Schneiderlein schreibt: „Für mich ist mein Schneiderhock, Zeichen, Schreiben und Arbeitstisch.“ Ein Straßenkehrer ist endlich gar von Herzen froh, daß er nur ein einfacher Arbeiter ist, er meint, er kann sich noch über alles freuen, wenn er nur die Sonne sieht, oder ein Käfer surrt. Ein Dörsenfütterer, der bei 12 Mk. Monatslohn auf dem Lande lebt, malt mit unendlicher Liebe Abendstimmungen seines verträumten Heimatdorfes. Die Stunden, in denen meine Bilder entstanden, waren meine glücklichsten. Ein anderer, der in einer Zuckerfabrik von früh 7 Uhr bis abends 8 Uhr tätig ist, malt bis tief in die Nacht hinein, bis ihm der Kopf auf die Balette sinkt, — „so fand mich oft meine Frau, und wie ich dann auslief, können Sie sich wohl denken“, schreibt er, Ach — ehrgeizig sind sie nicht, unsere Arbeiterkünstler! Mir gleichgültig, wie die Berliner über meine Bilder denken, meine Freude an der Natur verliere ich darum nicht“, schreibt ein Eisendreher. „Am liebsten möchte ich meine Bilder nicht verkaufen.“ — Ist ein Refrakt, der glücklicherweise recht oft erböt. Mit welcher primitiven Mitteln wurde doch zuweilen dem feilschen Drange Ausdruck verliehen.

Jene Plastik, die den ersten Menschen verleiht, sitzt auf einer leeren Bratherlingsdose, und jener wunderbare Baumstumpf, den stehend der Jäthnosaurus erklettert, birgt eine ganz simple Koblöhle. Und ein Dreher, Vater von fünf Kindern, hält eine alltägliche Szene plastisch fest: Ein Beluxestaurant. Plötzlich der hohen Spiegelglocke ein Mann und ein Weib, Champagner trinkend. Davor ein ausgehungertes Armer. „Die Mutigen“ nennt er sein Werk.

Aus Nah und Fern.

Genickscharr. Aus Leipzig wird der „Vossische Zeitung“ berichtet: In einer Korporalschaft der 10. Kompagnie des 108. Infanterieregiments ist die Genickscharr ausgebrochen. Mehrere Soldaten sind schwer krank ins Lazarett eingeliefert worden. Alle Vorsichtsmaßregeln gegen die Weiterverbreitung der Krankheit sind getroffen.

Von seiner eigenen Windmühle erschlagen wurde am Donnerstag nachmittag in Drakenburg an der Weser der Mühlenbesitzer Rohde. Der heftige Sturm riß die Mühle, in welcher Rohde tätig war, um und begrub den Besitzer unter den Trümmern. Erst Freitag früh gelang es, die Leiche des Unglücklichen in dem großen Trümmerhaufen zu finden und hervorzuholen. Rohde hinterläßt eine Frau und mehrere unmlündige Kinder.

Glue Fahrt auf Leben und Tod. Lausanner Blätter berichten über die beispiellose Schnellfahrt eines Personenzuges, der gezwungen war, auf Tod und Leben möglichst schnell von Balleorbe nach Lausanne herunterzufahren. Oberhalb Balleorbes, bei der Station Crog, die 2165 Fuß hoch im Gebirge liegt, hatten sich zwei schwer beladene Güterwagen von einem Zuge losgelöst und tiefen fahrerlos bergab, immer schneller, einem voranfahrenden Personenzuge nach. Der Führer des Personenzuges sah die Gefahr, gab Vollstampf und faulte nun mit schwindelerregender Schnelligkeit vor den mit zunehmender Geschwindigkeit herunterfallenden Güterwagen her, passierte einen Schneesturm und erreichte glücklich das Tal, ehe die Güterwagen unten angekommen waren.

Ein Justizwurd. Vor 25 Jahren soll, wie ein Essener Blatt mitteilt, der Besenbinder Schiff wegen mehrerer Lustmorde unschuldig zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sein. Der damalige Staatsanwalt, der nicht an die Schuld des Schiff glaubte, hatte sein Amt niedergelegt. Jetzt sollen Tatsachen beigebracht worden sein, die mit Bestimmtheit darauf schließen lassen, daß die Lustmorde nicht von Schiff, sondern von einem anderen begangen worden seien. Die Persönlichkeit dieses anderen soll bereits festgestellt worden sein.

Kein 17ter. Aus München wird dem „Berliner Tageblatt“ telegraphisch gemeldet: Seitens der Staatsanwaltschaft München I und der in diesem Falle zuständigen Staatsanwaltschaft am Landgericht München II wird ebenso wie von der Polizeidirektion mitgeteilt, daß ihnen von den Verfehlungen des Kunstmalers Otto Haas-Heye in Partenkirchen nichts bekannt sei und deshalb auch kein Verfahren gegen den Künstler eingeleitet werden konnte. Den gleichen Bescheid erteilte die Polizeibehörde in Partenkirchen, wo Haas-Heye seit langer Zeit in einem Landhause wohnt.

Wiedererstattung gestohlenen Geldes. Der Raub, den der beachtliche Einbrecher Franz Kirsch vor ungefähr zwei Jahren in Dessau verübte, indem er aus der dortigen Landeshauskassa etwa 15000 Mk. erbeutete, hat für ihn und seine Komplizen kein besonders günstiges finanzielles Ergebnis gehabt. Damals schon war es der Berliner Kriminalpolizei gelungen, einen Teil des gestohlenen Geldes zu beschlagnahmen. Jetzt hat die Berliner Behörde auch den Rest des Geldes entdeckt, den eine Frau Micham, die in dem Hauptprozess gegen Kirsch und Genossen wegen Diebstahls verurteilt worden war, bei einer Berliner Brauerei deponiert hatte. Diese Summe beträgt etwa 5000 Mk. Die Kriminalpolizei machte sofort der Staatsanwaltschaft in Dessau von der Auffindung des Geldes Mitteilung, worauf die Beschlagnahme erfolgte. Jetzt ist der Landesregierung in Dessau das Geld zur Verfügung gestellt worden. Auf diese Weise dürfte der „Einbrecherkönig“ Kirsch, wenn er seine zehn Jahre Zuchthaus verbüßt hat, von der errungenen Liebesrente keinen Nutzen haben.

Familientragödie. In St. Georgen (Schwarzwald) erhängte der Fabrikarbeiter Lehmann, Vater von fünf Kindern, sein fünfjähriges Söhnchen und ertränkte sich im Klosterteich.

Ein Segelschiff gestrandet. Aus Letuan wird gemeldet, ein aus Holland kommendes Segelschiff, das große Mengen Kriegskonterbande an Bord hatte, ist auf der Flucht vor einem spanischen Torpedobootszerflörer etwa 40 km östlich von Letuan gestrandet. Von der 25 Köpfe zählenden Mannschaft sind fünf ertrunken.

Ein Raubakt. Um sich für eine Anzeige wegen Widerstandes und Sachbeschädigung zu rächen, erschoss der Gastwirt Bogel den Polizeiergeanten Wurler in Düsseldorf in dessen Wohnung. Auf der Flucht gab der Täter zwei weitere Schüsse auf einen anderen Polizeiergeanten ab, ohne jedoch zu treffen. Der Täter entkam.

Erbschossen. Der Feuilletonist und Kunstkritiker Ludwig Gevesi in Wien hat sich erschossen.

Schweres Unglück im Antwerpener Hafen. Aus Antwerpen wird berichtet: Beim Zusammenstoß mit einem Dampfer wurde eine mit Arbeitern besetzte Barke von Sinken gebracht. Sieben Arbeiter sind ertrunken.

Schiffenunglück. Auf der Reede von Buenos Aires stieß der englische Dampfer „Abaris“ mit einem argentinischen Dampfer zusammen. Der Argentinier ging unter und mehrere Personen ertranken. Der englische Dampfer ist, wie man annimmt, nicht beschädigt worden.

Überschwemmungen in Holland. Aus der holländischen Provinz Friesland wird gemeldet, daß mehr als ein Fünftel der Provinz unter Wasser steht. An vielen Orten können die Deiche dem Wasserdruck nicht Widerstand leisten. Wenn der Regen anhält, befürchtet man eine Katastrophe.

Eisenbahnertod. In dem Tunnel bei Agweiler wurden zwei Arbeiter von dem Schnellzuge Paris-München erfasst und zermalmt.

Die Voraussage von Erdbebenkatastrophen.

Den furchtbaren Naturgewalten nicht ungerüstet gegenüberzustehen ist schon lange der Wunsch der Menschheit, insbesondere dort, wo Erdbebenkatastrophen häufig wiederkehren, die im Ru blühende Gesilde in Trümmerstätten verwandeln. Aus dem Studium des Beobachtungsmaterials wissen die Fachleute schon lange, daß sich solche Ereignisse in ihrer ganzen Furchtbarkeit immer nur innerhalb eines bestimmten um die Erde gezogenen Gürtels abspielen. Er ist die Zone der Erdbebenkatastrophen, die, ein wenig nördlicher als der Äquator, sich um den ganzen Erdball hinzieht und in Europa ungefähr von dem Balkan, dem Südrhoden der Alpen und den Pyrenäen begrenzt wird. Südlich davon treten in größeren Zeiträumen die Erdbeben- und Vulkankatastrophen auf wie gerade vor einem Jahre das Mailänder Unglück in Messina und seither die zahlreichen kleineren Bebenkatastrophen, die in Nordafrika, in Kleinasien, in Griechenland, in Südfrankreich und auf der Iberischen Halbinsel im vergangenen Jahre Hunderte von Menschenleben vernichteten. Aber auch Mittel-

amerika, dann Japan und Sibirien sind oft der Schauplatz großer Katastrophen, so daß schon vor einiger Zeit ein englischer Erdbebenforscher darauf hinwies, daß diese Regelmäßigkeit des Erdbebengürtels um die Erde nicht Zufall sei, sondern bestimmten Gesetzen zu verdanken ist. Vorgänge, die sich innerhalb und außerhalb der Erdrinde abspielen, mögen auf die Bildung dieses Bebengürtels von Einfluß gewesen sein.

Das Erdbeben von Messina war der Anlaß, daß sich eine große Zahl von Naturforschern mit dem Studium der Erdbebenvorgänge, ihrer Bedingungen und mit der Auffindung von Hilfsmitteln beschäftigte, die geeignet wären, solche Katastrophen vorauszusagen, um den Bewohnern der bedrohten Gebiete noch rechtzeitig die Flucht auf freie Plätze zu ermöglichen, auf denen sie vor den einwirkenden Gebäuden sicher sind. Man darf mit Bestimmtheit feststellen, daß in diesem einen Jahre so viele wertvolle wissenschaftliche Erfahrungen gesammelt und Entdeckungen gemacht wurden, daß sie, weiter ausgebaut, in der Zukunft es ermöglichen werden, große Katastrophen vorauszusagen. Besonders in dem von Erdbeben häufig heimgesuchten Italien machte das Studium der Erdbebenverhütung Fortschritte und in den letzten Monaten dort zwei Apparate in die Öffentlichkeit gebracht, mit deren Hilfe es gelingen soll, einige Minuten vor dem Eintritt der Erschütterung die Bewohner dieser Gebiete durch Alarmsignale auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Zuerst wurde eine Vorrichtung erprobt, die auf der Idee aufgebaut ist, daß der Erdmagnetismus vor und während der Erdbeben Veränderungen erfährt. Um aber daraus die Nähe der Gefahr zu ermitteln, ging ein italienischer Erfinder daran, einen empfindlichen Elektromagneten zu konstruieren, der mit einem Gewicht belastet ist. Vor einem Erdbeben veranlassen die Schwankungen der Erdmagnetkraft eine solche Veränderung der Kraft des Magnets, daß das Gewicht herabfällt und auf die Glocke aufschlagend, diese zum Erönen bringt.

Eine andere ähnliche Konstruktion eines derartigen Warnungsapparates führte vor wenigen Monaten der italienische Geophysiker Macconi aus. Durch einen mit einem empfindlichen Galvanometer, einer elektrischen Zelle, einer Uhr und verschiedenen Vorrichtungen versehenen kleinen Registrierapparat vermag er die einem Beben voraussetzenden elektromagnetischen Wellen früher aufzuzeichnen und zur Alarmierung zu verwenden, ehe noch die erschütternden Bodenwellen eintreten. Es soll ihm gelungen sein, bei einem 22 Kilometer von seinem Beobachtungsort entfernten Beben die Erdstöße vier Minuten früher vorherzusagen, bevor sie verspürt wurden.

Wenn auch diese beiden Apparate, die sich die Veränderung eines elektrischen Erdfeldes zunutze machen, recht interessant sind, so erscheinen sie doch noch zu wenig vollkommen, um sie als Vorhüter von Opfern bei Erdbebenkatastrophen anzusehen, denn die Zeit, die vom Beginn der Warnung bis zum Eintritt der Katastrophe verstreicht, ist so kurz, daß sie nicht genügt, um in der Nacht, wenn alles im Schlaf liegt, die Flucht der Menschen zu sichern. Vielleicht gelingt es, diese Vorrichtungen noch empfindlicher zu machen, so daß sie schon mindestens eine Viertelstunde früher die Bewegungen im Erdinnern in Alarmsignale umsetzen. Gehen jedem Beben schon einige Zeit lang Erdbebenbewegungen in der Tiefe voraus, die manchmal von Tieren verspürt, von den Menschen aber nicht wahrgenommen werden, so würden besonders empfindliche dafür konstruierte Apparate wohl darauf aufmerksam machen können. Sind auch diese beiden Vorrichtungen erst der Anfang der Erforschung der Erdbebenbewegungen in den Tiefen des Erdballs, so mag es mit dem Ausbau dieser Neuerungen doch möglich werden, sie wirklich nutzbringend zu gestalten und als Warnungsmittel in den Momenten der Gefahr zu verwenden, ehe noch Unheil geschah.

Freilich haben auch solche Apparate ihren Nachteil, der darin besteht, daß die Leute in Erdbebengebieten, wenn sie oft von solchen Apparaten alarmiert werden, allmählich gegen die drohende Gefahr abgestumpft werden, sobald sie sehen, daß sie sich umsonst schrecken lassen, daß die Erdstöße zum Teil nicht so arg waren, um gefährlich sein zu können. Auch die Bewohner des Gebietes von Messina, die während des Erdbebenjahres etwa 600 Erdstöße mitmachten, die innerhalb eines Ruinengebietes leben, das sie täglich an die furchtbare Katastrophe mahnt und ihnen die Gefahren vor Augen hält, mit denen der rüttelnde Boden ihnen droht, werden allmählich gegen die Schrecken des Bebens so abgestumpft, daß kleinere Erdstöße sie gar nicht mehr zu beunruhigen vermögen. Würden solche Warnungsapparate eingeführt, dann ist es in erdbebenreichen Landstrichen wahrscheinlich, daß die Menschen schließlich aus Bequemlichkeit gar nicht mehr den Warnungen der Apparate gehorchen, wie der bei einer gefährlichen Arbeit Tätige nicht mehr das volle Bewußtsein der Gefahr hat, in der er schwebt, wenn er sich allmählich daran gewöhnt. Würde in erdbebenbedrohten Orten einmal eine bedeutende Erdrerschütterung eintreten, dann würden ihr wahrscheinlich, trotz der Alarmapparate, viele Leute zum Opfer fallen. Es müßten Sicherungen geschaffen werden, dies zu verhindern, und Mittel gefunden werden, daß sie in einer gefahrlosen Zeit besondere Beachtung erlangen. Der Ausbau dieser Erfindung mag es dann vielleicht einmal möglich machen, daß die leisen, einem Beben vorangehenden Bodenbewegungen viele Stunden bevor sie zu gefahrdrohender Stärke anschwellen, den Menschen zur Kenntnis gelangen.

Damit besitzt man wohl die Möglichkeit, unmittelbar vor einer Katastrophe oder einem Erdbeben Warnungen zu erteilen, die aber vielleicht manchmal zu spät kommen werden, weil vorher kein Anzeichen darauf hindeutete, daß ein lange Zeit von Erdrerschütterungen verschonter Ort nun bedroht sei. Es gab bisher keine Möglichkeit, solche furchterliche Ereignisse für lange Zeit vor auszubestimmen, aber jetzt scheint der Weg gefunden zu sein, der diese Möglichkeit bietet. Es war schon lange den italienischen Bebenbeobachtern aufgefallen, daß die heftigeren Erschütterungen eine Fortbewegung auf den zuerst von Suez entdeckten Bruchlinien des Erdinnern erkennen ließen. Sie wanderten, wie zuletzt der italienische Erdbebenforscher Varatta festgestellt hat, von der Ostseite der Südspitze Italiens nach dem Westen hin. Innerhalb eines Zeitraumes von mehr als zweihundert Jahren verschob sich das Gebiet zerstörender Beben von Montelione nach Kalabrien und an die Straße von Messina. Sein Fortschreiten erfolgte an der Bruchlinie, die sich dort in den Tiefen der Erde bogenförmig nach Palermo erstreckt. Diese auffallende Erscheinung wurde so erklärt, daß man annahm, die Bruchstelle erstreckte sich in der Erdhülle immer weiter, wie etwa ein Sprung in einer Glascheibe, der sich unaußhaltbar verlängert. Es mag immerhin etwas Wahres an dieser Auffassung sein, wenn sie auch nicht vollständig alle übrigen merkwürdigen Erdbebenvorgänge an anderen Orten zu erklären vermag. Bisher gab es auch keinen Anhaltspunkt dafür, wie es möglich sei, daß die Wanderung der Erdbebenpunkte an den sogenannten Störstellen erfolge, wie es auch an der sibirischen und der niederösterreichischen Erdbebenlinie festgestellt werden konnte. Mit einemmal scheint dafür die Erklärung gefunden und nun eine Methode geschaffen zu sein, die es gestattet soll,

elnes der schwierigsten Probleme, die Vorherbestimmung von großen Erdbeben, auszuführen. Die Wonnfallische Zeitschrift brachte darüber kürzlich einen Aufsatz, in dem es Heinrich Wehner unternahm, auf die merkwürdige Beobachtung hinzuweisen, daß die Erdrerschütterungen die Richtung zeigen, von Osten nach Westen zu wandern. Ein reiches statistisches Material über Erdbeben- und Vulkanausbrüche, das auf Erdkarten eingetragen wurde, ließ erkennen, daß diese Erscheinungen nicht in allen Zeiträumen an demselben Orte gleich stark auftreten, daß sie vielmehr eine westliche Verschiebung erkennen lassen. Die Meinung, als wären solche Erscheinungen der unterirdischen Kräfte ganz zufällig und sprunghaft, verliert sofort ihre Berechtigung, wenn man wie Wehner darin eine Gesetzmäßigkeit sieht, die sich auch in diesen Vorgängen, die so unbestimmbar scheinen, finden läßt. Wäre es doch merkwürdig, daß die Natur, die in allem eine Gesetzmäßigkeit liebt, die von den Menschen oft erst nach langen mühsamen Beobachtungen, manchmal auch durch Zufall aufgefunden wird, bei solchen sich so häufig abspielenden Vorgängen, wie es die Erdrerschütterungen und die vulkanische Tätigkeit sind, sich von Zufälligkeiten leiten ließe. Und in der Tat scheint selbst in diesen Vorgängen eine Regelmäßigkeit vorhanden zu sein, die sich erstreckt, wenn man den Weg folgt, die Wehner einschlug. Er kam, wenn er die Erdbebenkarte durchging, zu der Überzeugung, daß die großen Erdrerschütterungen sich nach längeren Zeiträumen auf demselben Breitengrad wiederholen, daß beispielsweise ein Beben, das sich in Smyrna ereignete, nach einem Zeitraum von vielen Jahren am selben Parallelkreis etwa in Italien und wieder nach vielen Jahren in Spanien oder Portugal auftrat. Erst nach einem Abstand von vielen hundert Jahren wäre in derselben geographischen Breite in Nordamerika ein starkes Beben zu erwarten.

Berechnungen ergaben ein jährliches Fortschreiten der Beben nach Westen um ein wenig mehr als einen Drittelsgrad, genauer 42 Kilometer. Würde dieses Wandern nach Westen jährlich genau dieselbe Wegstrecke ausmachen, dann müßten sich nach einem Zeitraum von 952 Jahren die Erdbeben an denselben Stellen wiederholen, weil dann die Erdrerschütterungskraft in dieser Zeit einmal den Erdball umwandert hätte. Dieses Fortschreiten der Beben um 42 Kilometer im Jahre wäre etwa doppelt so groß als die Fortbewegung der erdmagnetischen Kraftlinien, die ebenfalls nach Westen geht, um dann aber zurückzuwandern. Auch diese Erscheinung ist bisher rätselhaft und unergründet. Wehner vermutet zwischen diesen beiden Phänomenen einen Zusammenhang. Für die Wanderung der Erdbeben findet er eine anschauliche Erklärung, die besagt, daß die feste Erdhülle sich rascher bewege als der plastische Erdkern. Sie eilt ihm jährlich um etwa 42 Kilometer voraus und würde demnach in 952 Jahren eine volle Drehung mehr ausgeführt haben als der Erdkern. Dieser wird an seiner Abgrenzung von der festen Erdkruste an vielen Stellen uneben gedacht. Kommen diese Unebenheiten unter eine weniger starke, durch Bruchlinien geschwächte Stelle der Erdoberfläche, dann müssen sich an diesen Orten Erdbeben und, wenn sich viel Wasser zwischen Erdhülle und Erdkern befindet, auch vulkanische Ausbrüche ereignen.

Wehner ermittelte, daß sich eine Erdrerschütterung, die im Jahre 1880 in Smyrna vorkam, sechs Jahre später bei Athen, im Jahre 1893 bei Zante und 1908 bei Messina bemerkbar machen mußte. Und in der Tat fanden in diesen Jahren an den genannten Orten heftige Beben statt. Geht man von dieser Methode aus, dann müßte heuer im April der Atna unruhig werden und vielleicht einen Ausbruch haben. Für 1914 wäre dann bei Palermo ein größeres Beben zu erwarten und für Südfrankreich und Mazedonien, in Tarent und in Cypern, aber auch in Ägypten wären in den nächsten Jahren größere Beben bedrohlich, wie sich aus der Methode ableiten läßt, die nun Wehner aufstellte. Er hält ein Wandern der Beben um die Erde für sicher und glaubt, daß es mit dieser Theorie möglich ist, Katastrophen vorherzusagen, die er auch im engeren Bekanntenkreis richtig vorausbestimmt haben soll.

Schon früher war es der Österreicher Nowak, der ebenfalls eine Methode veröffentlichte, die es gestattet sollte, Katastrophen vorauszusagen. Auch er hatte alle ihm bekannt gewordenen Erdbeben und andere Naturkatastrophen in Karten eingetragen und gefunden, daß sie eine regelmäßige Verschiebung nach Westen an, aber auch ein Zurückwandern zeigten. Da er aber die „Wetterpflanze“ damit verquackte und keine völlig überzeugende Erklärung für seine Katastrophenprognosen gab — er brachte sie mit den Sonnenflecken in Zusammenhang —, fand er viel Mißtrauen. Wehner trug, nun unbewußt mit dazu bei, ihn zu rehabilitieren, soweit es eben Nowaks wissenschaftliche Untersuchungen mit Ausschluß der „Wetterpflanze“ betrifft; durch das Festhalten an der „Wetterpflanze“ schadet sich Nowak mehr, als er vielleicht verdienen würde. Nowak geführt unzweifelhaft das Verdienst, als erster auf ein regelmäßiges Wandern der Katastrophenzonen aufmerksam gemacht zu haben. Wehner fand nun dafür eine glaubhaft klingende Erklärung und eine Methode der Voraussage, die hohes Interesse verdient. Bewährt sie sich, dann haben wir damit eine der größten Erregungenschaften erreicht. Gustav Walter.

Ein Lied vom traurigen Theobald.

Theobald, ein stiller Philosoph,
Lebte lange gänzlich nur für sich,
Bis zu ihm die Vorkraft kam vom Hofe:
„Theobald, jetzt braucht man nötig dich!“

Darauf zog der Philosoph geduldig
Seine neuen Sonntagstüfel an
Und er meldete zum Dienst pflichtschuldig
Sich als ein getreuer Untertan.

„Theobald“, so ward zu ihm gesprochen,
Theobald, du hast ja viel Vernunft:
Wir erwarten in den nächsten Wochen
Eine sehr diskrete Niederkunft.

Und dem Kindlein, wie es mag geraten,
Sollst du deinen werten Namen leih'n;
Denn es darf in sittlich-frommen Staaten
Nichts Ulegitimes niemals sein.“

Ganz wie ihm befohlen willig tat er's,
Theobald, der Diener seines Herrn,
Und das Kindlein unbestimmten Vaters
Nahm pränumerando an er gern.

Aber ach! kaum war das Kind geboren,
Eine fragenhafte Mißgestalt,
Hängen ließ die Philosophenhoren
Boll Betrübniß unser Theobald.

Zwar er heuchelte ob dieses kleinen
Vaterfreuden vor dem Publikum,
Und er tänzelte auf Zitterbeinen,
Mit dem plumpen Wechselbaß herum.

Doch des Nachts in seiner stillen Kammer
Stöhnte Theobald in schwerer Bein.
„Muß ich denn“, schrie er in wildem Jammer,
„Eines solchen Scheufußs Vater sein?“

Leider aber in noch schlimmere Nöte
Wendovater Theobald jetzt kam,
Als das Kind, die mißgeborene Kröte,
Man in ärztliche Behandlung nahm.

Die Doktoren kneteten und zogen
An dem Unglückskehlchen lang herum
Und die dünnen Spinnenbeine bog
Sie dem kleinen Theobaldchen krumm.

Sprachen dann zu Theobald: „Nun lege
Um den Sprößling deinen Vaterarm,
Sorge für des süßen Engels Pflege
Und vor allem: hatt ihn sorglich warm!“

Theobald, zwar mit entsetzten Mienen,
Doch gehoramt, widerstrebte nicht.
Ja, auch solche Fälle gibt's beim Dienem;
Unser Theobald kennt seine Pflicht.

Doch aus seinem Auge tropft die Zähre
Auf das Monstrum nieder wehmütigvoll:
„Das ist leider des Berufes Schwere,
Daß man auch noch Vater spielen soll!“

Ja, ein anderer hatte das Vergnügen,
Und die Sorgen habe ich — o weh!
Muß ich in die Vaterrolle flügen;
Unserer hängt an der Livree!“

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Abt. übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Nochmals unerquickliche Akkordverhältnisse.

Von der Firma Havemann u. Sohn wird zur Wichtigkeit des Eingangs in Nr. 44 vom 22. d. Mts. erwidert, daß der Akkordarbeiter außer dem angeführten Akkordverdienst noch einen Stundenlohn von 41 Pf. erhält. Ich habe dieses weggelassen, weil es doch nach meiner Meinung selbstverständlich ist, daß neben diesem Akkordlohn auch noch ein Stundenlohn bezahlt wird. Meine Behauptungen über den Vorkarbeiter halte ich aufrecht.

Einer für viele.

Spielplan der vereinigten Stadttheater

vom 1. bis 6. März.

Neues Stadttheater. Dienstag, 1. März: „Tiefeland“, Musikdrama von Eugen d'Albert. — Mittwoch, 2. März: „Hygieie auf Tauris“, Drest — Sigismund Giffeld vom Deutschen Theater in Hannover als Gast. — Donnerstag, 3. März: „Strandlinder“, Schauspiel von H. Sudermann. — Freitag, 4. März: „Götterdämmerung“, Musikdrama von Richard Wagner. — Sonnabend, 5. März: „Der grüne Kakadu“, Groteske von Arthur Schnitzler. Darauf: „Der Bajazzo“, Oper von Leoncavallo. — Sonntag, 6. März, nachmittags 3 Uhr: Zum letzten Male „Alt-Heidelberg“, Schauspiel von Meyer-Hofmeister. Abends 7 1/2 Uhr: „Carmen“, Große Oper von Bizet.

Stadthallen-Theater: Dienstag, 1. März: Zum letzten Male „Die Liebe wacht“, Lustspiel von Caillavet und de Fiers. — Sonntag, 6. März: „Das Konzert“, Lustspiel von Hermann Bahr.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 26. Februar.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,35 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50 Mk., Hasen — — — — — Mk., Enten 3,00—3,50 Mk., Hühner 2,00—2,70 Mk., Klüften Stk. — — — — — Mk., Tauben Stück 0,55—0,65 Pf., Gänse Pfd. — 0,75 Pf., Flockgans 2 Pf., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Pf., Schweinskopf Pfd. 55—65 Pf., Wurst Pfd. 1,00—1,10 Pf., Eier 8 u. 9 Stück 60 Pf., Heringe 4 St. 10 Pf., Dorche genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. — 1,00 Pf., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Pf., Schleie Pfd. 1,40—1,60 Pf., Brachsen — Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. 70—80 Pf., Mat Pfd. 1,00 Pf., Karasfische Pfd. — Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl b. Kopf 0,20—0,50 Pf., Kohl 100 Pf., — — — — — Pf., Gurken 100 Pf., — — — — — Pf., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — — — — — Pf., Äpfel verschiedene pr. 100 Pf., — — — — — Pf., Pfäumen, pr. 100 Pf., — — — — — Pf., Kirschgen Pfd. — Pf., Kartoffeln pr. 10 Pfund 45—65 Pf., Mand Pfd. — Pf.

Getreidepreise.

Lübek, 26. Februar.

Weizen, 116—128 Pf., holl. 185—210 Mk., Roggen 112—122 Pf., neuer holl. 135—160, Gerste, nach Qualität 135—160 Mk., Hafer, nach Qualität, alter 135—160 Mk., hochfein über Rottz, per 1000 Kilo.

Sauburger Sternschanz-Viehmarkt vom 26. Februar.

Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.

Auftrieb 1678 Schweine. Der Handel war reger überhand — Stief. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pf., Tara 20 Proz., 67,— bis 68,— (53,50 bis 54,50) Mk. Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 65,— bis 66,— (52,00 bis 53,00) Mk. Mittelwäre, von 200—240 Pf., Tara 22 Proz., — 00 bis 65,— (— 00 bis 50,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 64,00 bis 65,— (50,— bis 50,00) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 53,00 bis 63,00 (44,50 bis 48,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 63,50 bis 65,00 (51,00 bis 52,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 58,50 bis 62,— (45,50 bis 48,50) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Steiling.
Verleger: E. H. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübeker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübeker Volksboten“.